

## Mindestens 64 Tote bei Flugzeugunglück

### Techniker werfen Fluglinie Lapa erhebliche Sicherheitsmängel vor

Buenos Aires (dpa/AFP/AT) - Wenige Tage nach dem missglückten Startversuch einer Boeing 737 auf dem Stadtflughafen Jorge Newberry in Buenos Aires haben Fachleute der Fluggesellschaft Lapa die mangelhafte Wartung ihrer Maschinen vorgeworfen. Der Unglücksjet habe schon vor Tagen erhebliche technische Probleme gehabt, meldeten am Donnerstag und Freitag die örtlichen Zeitungen. Lapa-Vorstandschef Andrés Deutsch wies die Anschuldigungen zurück. Bei dem Unglück sind am Dienstag abend nach Angaben der Nachrichtenagentur DyN 64 Menschen getötet und 35 verletzt worden. Die Agentur berief sich auf einen vertraulichen offiziellen Bericht. «Clarín» gab die Zahl der Toten unterdessen mit 76 an.

«Sicherheit ist bei Lapa zweitrangig», sagte Gabriel Morselli von der Flugtechniker-Gewerkschaft (APTA) «Clarín». Lapa-Techniker reparierten erst, wenn Probleme entstanden seien. Die Wartung der Maschinen sei mangelhaft. Ein APTA-Sprecher erinnerte daran, dass nach schweren Vorwürfen über elf Boeing 737 von Lapa im Dezember 1998 ein Startverbot verhängt worden sei. Die Maschine war 29 Jahre alt. Bevor sie vor zwei Jahren in den Dienst der Lapa gestellt wurde, gehörte sie der britischen Britannia Airways und dem französischen Unternehmen TAT.

«Das Flugzeug, die Triebwerke und alle anderen Maschinenteile waren in perfektem Zustand», entgegnete Deutsch. Vor dem Start sei nicht, wie von Zeugen behauptet, an einem Triebwerk gearbeitet worden. Der Jet sei vor vier Wochen gründlich von Fachleuten der brasilianischen Fluggesellschaft Varig geprüft worden. Am Donnerstag trafen Boeing-Experten aus den USA in Buenos Aires ein. Sie sollen die Unglücksursache ermitteln. Beide Flugschreiber wurden gefunden.

Deutsch sagte weiter, die beiden Piloten seien «erfahren» gewesen und hätten noch vor kurzem ein Spezialtraining in den USA absolviert. Zunächst hielten sich Gerüchte, der Chefpilot habe den Aufprall überlebt und werde von den Behörden vernommen. Sein Bruder

hatte ihn den ganzen Tag in Krankenhäusern und am Aeroparque erfolglos gesucht.

Zunächst konnten erst 16 Todesopfer identifiziert werden. DyN meldete, die Mehrzahl der 64 Toten sei bis zur Unkenntlichkeit verbrannt. Nur mit Hilfe von Gen-Analysen sei es möglich zu klären, um wen es sich bei den Toten handele.

Die Boeing 737 hatte am Dienstagabend bei dem misslungenen Startversuch die Flughafenabsperrung durchbrochen. Das Flugzeug gewann nicht an Höhe, riss drei Autos auf der Avenida Costanera mit und zerschellte schließlich auf dem Gelände des Golfplatzes und Restaurantkomplexes Punta Carrasco. Dort explodierte der Jet. Zeugen wollen gesehen haben, dass ein Triebwerk vor dem Aufprall brannte.

Das Flugzeug mit der Flugnummer 3142 war mit 95 Passagieren und fünf Besatzungsmitgliedern auf dem Weg nach Córdoba. Die Maschine mit der Flugnummer 3142 startete am Dienstag um 21.00 Uhr. Nach Angaben eines Flughafen-Mitarbeiters meldete der Pilot kurz nach dem Start über Funk, dass eines der beiden Triebwerke Feuer gefangen habe. Auf der Avenida Costanera warteten zu diesem Zeitpunkt rund 30 Fahrzeuge vor einer roten Ampel. „Eines davon war meines“, berichtete der Journalist Juan Gujús. „Das Flugzeug hob von der Piste ab und flog direkt vor unseren Augen über die Straße. Ich dachte, es würde auf eine Tankstelle stürzen, die an der Ecke steht. Wir rannten in alle Richtungen davon.“

Fabián Núñez, der das Unglück an Bord der Maschine überlebte, sagte, Techniker hätten das Triebwerk vor dem Start 15 Minuten lang repariert. „Wir hoben kaum einen Meter von der Piste ab“, erklärte Núñez, noch immer benommen von dem Erlebten. „Dann sah ich die Flammen, und jemand zog mich aus dem Flugzeug.“ Die Augenzeugen sprachen noch von Glück, dass die Maschine nicht auf die Tankstelle oder ein nahegelegenes Freizeitzentrum stürzte. Ansonsten wäre der Absturz zur Katastrophe geworden, hieß es. Stadtregierungschef Fernando de la Rúa, sprach von einer „großen Tragödie“.

## Regierung soll Farbe bekennen

### Wirtschafts- und Arbeitsminister sollen im Kongreß reale Situation darlegen

„Nicht mehr als Wahlpropaganda“, erklärte am Mittwoch der Präsidentschaftskandidat der Allianz, Fernando de la Rúa, in einer drastischen Abwertung des Vorschlages seines Rivalen Duhalde hinsichtlich einer wirtschaftlichen Konzertierung. Die Allianz ihrerseits sucht im Kongress den Bumerang-Effekt zu erreichen, das heißt, dass sich die Initiative in eine Gelegenheit verwandelt, von der Regierung die Offenlegung der realen Situation des Landes zu fordern.

De la Rúa selbst ließ daran keinen Zweifel, als er diese Forderung als erste Antwort auf den von Duhalde am Montag vorgestellten Plan aussprach. Zweifellos war der Plan Teil der Absicht Duhaldes, seiner Wahlkampagne neue Impulse zu geben. In einer Kampagnenveranstaltung im

Nordpark schlug der Kandidat der Regierungspartei den versammelten führenden Gewerkschaftern und Unternehmern seinen Plan gegen Krise und Rezession vor, der noch vor den Wahlen am 24. Oktober umgesetzt werden soll. In bezug auf einige der bedeutendsten Punkte versicherte der bonaerenser Gouverneur, er werde eine Senkung des IVA (Mehrwertsteuer) von 21 auf 15 Prozent, ein Gesetz zur Suspendierung der Entlassungen und die Abschaffung der Quellensteuer veranlassen.

„Es liegt auf der Hand, dass es sich um eine Kampagnenveranstaltung handelte. Allerdings hat er damit die tiefgehende Krise, in die seine Regierung, die Regierung seiner Partei, das Land geführt hat, anerkannt“, unterstrich Fernando de la Rúa

nach einem Treffen mit der Unión Industrial Argentina (UIA, Industriellenvereinigung). Bei dem Treffen mit den Industriellen hatte der Kandidat klargestellt, was alle bereits erwartet hatten. Er versicherte, dass die Allianz die Debatte der von Duhalde vorgeschlagenen Gesetze nicht erleichtern werde. De la Rúa betonte auch, dass es praktisch unmöglich sei, dass irgendeine derartige Maßnahme noch vor den Wahlen getroffen werde. Die Abgeordneten der Opposition wollen nur die eventuelle Debatte hinsichtlich der Abschaffung der Quellensteuer und der Steuer auf die Zinsen akzeptieren, verlangen aber die vorherige Interpellierung der Minister für Wirtschaft und Arbeit, Roque Fernández und José Uriburu.

### Reutemann ante portas

Große Überraschung bewirkte am Donnerstag in Santa Fe der Gouverneur Jorge Obeid mit der Einreichung eines Paketes von Sparmaßnahmen an die Provinzlegislative. Mit diesem Schritt soll einerseits eine Korrektur des öffentlichen Haushaltes erfolgen, andererseits jedoch vermieden werden, dass Carlos Reutemann sich unmittelbar dieser Maßnahmen annehmen muss. Der Ex-Rennfahrer und am 8. August gewählte Gouverneur und Chef des PJ in der Provinz hatte von Obeid zuvor diese Maßnahmen verlangt, damit nicht er deren politische Kosten tragen muss, wenn er am 10. Dezember Obeid ablöst. Das Sparpaket landet vorerst im Senat, wo der PJ die Mehrheit hat, wodurch trotz des Widerstands der Opposition die Verabschiedung einfach war.

## Der Besuch des Antidrogenzars

Eigenartigerweise pflegen US-Journalisten die Bezeichnung Zar für gewisse Staatsämter zu verwenden, denen unterschwellig allerlei Machtbefugnisse unterstellt werden, als ob sie mehr Macht als der US-Präsident hätten. Das stimmt zwar keinesfalls, hält aber die Medien nicht davon ab, den Beamten, der in den Vereinigten Staaten die Bekämpfung des Drogenkonsums leitet, als Antidrogenzar zu kennzeichnen. Seit 1996 übt General i.R. Brian McCaffrey dieses Amt aus, der als Berufssoldat eine glänzende Laufbahn absolviert hatte und deshalb ein besonders hohes Renommee in seinem Land geniesst.

Antidrogenzar McCaffrey besuchte Argentinien gegen Ende der Vorwoche auf einer Rundreise durch Südamerika, nachdem er in Brasilien, Peru und Bolivien Station gemacht hatte. In Buenos Aires traf er mit Präsident Menem und den Präsidentschaftskandidaten Fernando de la Rúa und Eduardo Duhalde zusammen.

Argentinien gilt als Land, wo keine Drogen angebaut und weiterverarbeitet werden. Wohl aber werden hier Drogen konsumiert, ebenso wie das Land für den Transit dient, angeblich in der Hauptsache nach Europa. Offenbar werden von Argentinien keine Drogen nach USA befördert. Dieses grösste Konsumland der Welt wird von Kolumbien und Mexiko aus versorgt. Als Folge des gewinnträchtigen Drogenhandels wird angenommen, dass auch in Argentinien schmutziges Drogengeld eingewaschen wird, das über allerlei finanzielle Kanäle in normalen Investitionen landet.

Alle Zahlen, die sich auf die Produktion, den Vertrieb, den Kleinhandel, den Konsum und den Transit von Drogen sowie auf die Geldwäscherei beziehen, müssen mit äusserster Vorsicht und Skepsis zur Kenntnis genommen werden. Offizielle Statistiken, die vertrauenswürdig sind, beschränken sich auf die Beschlagnahme von Drogen durch Sicherheitsbeamte. Alle übrigen Daten sind Mutmassungen sowie Hochrechnungen vereinzelter Unterlagen, die nicht unbedingt zutreffen und sicherlich von amtlichen Stellen übertrieben werden. Es geht dabei um die psychologische Beeinflussung der Bevölkerung und der Politiker, damit der Drogenkonsum, -vertrieb und -handel sowie die Geldwäscherei möglichst intensiv bekämpft wird.

In den USA wird intensiv gegen den Drogenkonsum, zumal der Jugendlichen, gearbeitet und der Handel streng bestraft. Nach zehnjährigen Bemühungen soll es gelungen sein, den Konsum, der elf Prozent der Bevölkerung betraf, fast auf die Hälfte zu verringern. Über eine Million Drogenverbrecher sitzen hinter Gittern. Der lukrative Handel ist mit dem Risiko des Freiheitsentzuges verbunden, wobei die Polizei und die Justiz in USA viel weniger gnädig sind als in anderen Ländern, allenfalls auch in Argentinien.

Die Südamerikareise des US-Antidrogenzars McCaffrey zog die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit im Zusammenhang mit der tragischen Drogen- und Terrorzene Kolumbiens an. Seit Wochen wird in den Medien die These vertreten, dass die US-Regierung sich vorbereite, militärisch in Kolumbien einzugreifen, das heisst, nicht nur Waffen, sondern gegebenenfalls eigene Soldaten einzusetzen. Als Variante dieser politischen Unterstellung wurde mehrmals die These vertreten, dass die US-Regierung nur Waffen, insbesondere Flugzeuge zwecks Bombardierungen, benützen würde, wogegen südamerikanische Regierungen die Soldaten entsenden würden.

General McCaffrey dementierte diese Lesarten, als er sich in Buenos Aires der Presse stellte. Die US-Regierung werde keine Soldaten entsenden und erwarte auch nicht, dass südamerikanische Regierungen militärisch in Kolumbien eingreifen. Hingegen warb er für eine politische Solidarität Südamerikas mit dem bedrängten Nachbarn Kolumbien und erklärte, dass dem US-Kongress ein Gesuch vorliege, damit für eine Milliarde Dollar Waffen nach Kolumbien und anderen Ländern in Zusammenhang mit der Drogenbekämpfung geliefert werden dürfen.

In Kolumbien spitzt sich die Gewaltszene deutlich zu. Präsident Andrés Pastrana, konservativer Politiker, verhandelt mit Vertretern

der Terroristen, damit ein Friedensabkommen vereinbart werde. Die Terroristen sollen die Waffen strecken, was eine Gruppe längst mit vorherigen Regierungen getan hat. Andere Terrorgruppen üben unterdessen pausenlos Gewalt. Es geht dabei um ein Gebiet von angenommenen 40 Prozent des kolumbianischen Territoriums, das die Terroristen, genannt Guerrilla-Kämpfer, beherrschen, als ob sie die Regierung wären. Unlängst wagte sich eine Terrorgruppe sogar bis Bogotá vor, wo sie abgeschlagen wurde. Die Drogenhändler unterstützen die Terroristen mit Geld, damit als Gegenleistungen die Pflanzungen geschützt werden, ebenso die Verarbeitung und der Transport.

Ob die laufenden Friedensverhandlungen erfolgreich sein oder gegebenenfalls abgebrochen werden, ist gegenwärtig eine offene Frage. Die vorherrschende Meinung tippt auf den Bruch der Verhandlungen. Unterdessen eskaliert die Gewalt bei Terroristen und Militärs, wobei als dritte Kraft paramilitärische Gruppen die Terroristen ebenfalls bekämpfen, die sicherlich auch von Drogenhändlern finanziert werden.

Die Folgen dieser Gewaltszene sind für Kolumbien verheerend. Zehntausende Menschen flüchten bereits in sicherere Orte oder ins Ausland, nachdem Kolumbien weltweiter Spitzenreiter der Erpressungen mit Entführungen geworden ist, mit welchem Verbrechen sich Terroristen, Drogenhändler und gewöhnliche Delinquenten Geld holen und unschuldige Menschen quälen oder ermorden. Die Wirtschaft erlahmt, weil Investitionen gefährlich geworden sind. Ein Generalstreik lähmt derzeit die Wirtschaft. Der kolumbianische Peso wird abgewertet, ein paradoxes Zeichen, dass der Dollarzufluss aus Drogenexporten nachlässt und die Kapitalflucht zunimmt. Drogengelder korrumpieren Wirtschaft und Politik. Unterdessen bemüht sich Präsident Pastrana, die Terroristen zum Verhandlungstisch zu bewegen und einen machbaren Frieden auszuhandeln. Bisher ergebnislos.

Argentinien ist nicht direkt betroffen. Die südamerikanischen Grenzländer Kolumbiens sind Venezuela, Brasilien, Ecuador und Peru, deren Regierungen Weiterungen der kolumbianischen Gewaltszene befürchten. Die brasilianische Regierung hat bereits vorsorglicherweise ihre Militärposten an der Grenze mit Kolumbien verstärkt. Diesen Grenzländern steht es zunächst zu, Position gegenüber der kolumbianischen Gewaltszene zu beziehen, allen voran Brasilien. Deren Mercosurpartner Argentinien, Uruguay und Paraguay sowie die assoziierten Staaten Chile und Bolivien dürften folgen. Bisher hat Brasilia jegliche militärische Intervention in Kolumbien deutlich abgelehnt, die zudem nur in Frage käme, wenn die Regierung in Bogotá sie formell anfordert. Hierfür mag die Organisation Amerikanischer Staaten nützlich sein, deren Generalsekretär der frühere kolumbianische Präsident César Gaviria ist. Bisher hat Bogotá jegliche ausländische Militärhilfe abgelehnt.

Venezuela stellt sich seit dem Amtsantritt des Obersten Chávez als gewählten Präsidenten mit neuen Problemen vor. Chávez hat Verhandlungen mit kolumbianischen Terroristen eingeleitet, die auch schon Mittelsmänner in Argentinien unterhalten und die Oppositionsallianz ansprechen. Die Regierung in Bogotá kontrolliere ihr Gebiet nicht mehr, behauptet die venezolanische Regierung, die auch Führer zu Fidel Castro in Kuba ausstreckt, einst Anstifter der Terroristen in Venezuela.

Dieses Szenarium passt der US-Regierung sicherlich kaum ins Konzept. Für Argentinien liegt es vorerst weit vom Schuss, doch wird sich die jetzige und vor allem die kommende Regierung der Gewaltproblematik Kolumbiens als aussenpolitisches Objekt kaum entziehen können. Die teuflische Kombination der Drogen, des Terrorismus und der Erpressungen mit Entführungen wird Kolumbien sicherlich noch lange beschatten und möglicherweise ganz Südamerika sowie die USA verunsichern. Alle massgebenden Politiker Argentiniens werden sich mit dieser Problematik auseinandersetzen müssen, ob sie ihnen behagt oder nicht.

### Duhaldes Waterloo

Die Pläne des Peronismus im Zusammenhang mit Duhaldes Vorschlägen einer Art konzertierter Aktion als Staatspolitik sind am Mittwoch im Senat wegen der geschlossenen Opposition vorerst gescheitert. Anstelle eines Pakets von Gesetzen, deren Text noch nicht feststeht, hatte der PJ versucht, die Allianz mit dem „Projekt einer Resolution“ zu überfahren, das die Themen aus Duhaldes Vorschlag enthält. Der bonaerenser Gouverneur geht davon aus, dass eine konzertierte Aktion unmittelbar und nicht erst nach den Wahlen erfolgen muss. Scharfe Worte fielen. Der Radikale José Genoud riet der PJ-Fraktion, ein Gesetzprojekt vorzulegen, und nicht „dieses publizistische Pamphlet“. Die Diskussion wurde am Ende vertagt. Beide Lager stimmten darin überein, dass das Ende der Debatte noch lange nicht in Sicht ist.

## Tariferhöhungen in Zügen abgelehnt

### In der öffentlichen Anhörung wurde eine Neuausschreibung gefordert

Die Absicht der Regierung, die neuen Konzessionsverträge der Eisenbahnlinien Roca, San Martín und Belgrano Sur unter Dach und Fach zu bringen, stieß am Mittwoch auf die entschiedene Opposition der Provinz Buenos Aires, der Repräsentanten der Allianz und der Verbraucher. Die Ablehnung der Neuverhandlung mit der Gruppe Metropolitano, die eine stufenweise Tariferhöhung in den nächsten fünf Jahren und bis zu 125 Prozent beabsichtigt, wurde im Rahmen der öffentlichen Anhörung am Mittwoch bekannt.

Doch trotz der juristischen, wirtschaftlichen und politischen Infragestellungen, die vorgebracht wurden, will die Regierung noch vor Dezember eine Vertragsunterzeichnung erreichen. Wie verlautet, soll der Abschlussbe-

richt in einer Woche fertiggestellt sein, damit die Regierung mit den Verfahrensschritten fortfahren kann, die ihr in der Zweikammerkommission für die Staatsreform noch fehlen. Mittels dieses Verfahrens können die Regierungsbeauftragten diese Verträge, die eine Verlängerung bis zum Jahre 2025 und die Aufrechterhaltung der Subsidien bis 2005 einschließen, unterzeichnen, bevor sie abtreten. Damit zieht Metropolitano mit dem Unternehmen Metrovías (U-Bahn und Urquiza) gleich, das bereits einen neuverhandelten Vertrag hat, und ebenso mit TBA (Sarmiento und Mitre), mit dem die Regierung einen neuen Vertrag machte, der aber von der Justiz abgebremst wurde.

Im Unterschied zu der skandalösen öffentlichen Anhörung für die Neuverhandlung mit TBA war

die Veranstaltung am Mittwoch friedlich und zeichnete sich durch einen geordneten Ablauf aus. In den acht Stunden der Dauer wurden den Teilnehmern Kaffee, Mineralwasser und belegte Brote serviert.

Die Vertreter der verschiedenen Verbraucher und Konsumentenverbände lehnten die Neuverhandlung rundweg ab, „weil es neue Verträge sind, die Tariferhöhungen mit sich bringen, die völlig ungerechtfertigt sind“. Die Allianzabgeordneten Héctor Polino und Ricardo Vago halten eine Kündigung des derzeit geltenden Vertrages und eine Neuausschreibung für unumgänglich. Gouverneurskandidatin Graciela Fernández Meijide unterstrich außerdem die Auswirkungen der Tariferhöhungen auf die Geldbörsen der Bahnbenutzer.

## Letztes Treffen zwischen Clinton und Menem

### Ende September bei der UN-Vollversammlung in New York

US-Präsident Bill Clinton und Argentinien's Präsident Carlos Menem werden sich formell am 21. September in einem Salon des UN-Gebäudes in New York voneinander verabschieden. Dies teilte am Dienstag der Amerikabeauftragte der US-Regierung, Kenneth Mackay, beim Verlassen der Casa Rosada offiziell mit. Der argentinische Botschafter in Washington, Diego Guelar, empfing die Nachricht mit Genugtuung. Tatsächlich beruht das Zustandekommen dieses letzten Treffens der beiden Präsidenten auf dem persönlichen Einsatz von Guelar, der erreichte, dass die Rede Menems vor den UN vom 1. Oktober auf den 21. September vorverlegt wurde. An diesem Tag spricht auch Clinton vor der Völkergemeinschaft.

Doch unmittelbar nach Überbringung der für Menem so erfreulichen Nachricht, wechselte MacKay den verbindlichen Ton und legte einmal mehr die Besorgnis seiner Regierung über das Patentgesetz dar, das der argentinische Kongress verabschiedet hatte. „Das Gesetz gibt in den Vereinigten Staaten Anlass zu Besorgnis, und, irgendwie

ist es vordringlich für die Erreichung für das System integralen Handels“, unterstrich der Bote aus Washington. Wenige Stunden später, als MacKay die Position seiner Regierung im Gespräch mit dem PJ-Präsidentenwahlkandidaten Eduardo Duhalde wiederholte, wurde er mit einer Forderung des Gouverneurs konfrontiert. „So wie die USA wegen des Patentgesetzes besorgt sind, sind wir hier sehr besorgt, weil Argentinien immer stärker durch Wirtschaftssubventionen der großen Länder überrollt wird“, sagte Duhalde im Haus der Provinz Buenos Aires.

Das 1995 verabschiedete Patentgesetz schreibt die Zahlung von Patentrechten ab dem Jahr 2000 vor. Die Bestimmungen waren von der US-Industrie jedoch wiederholt als unzureichend eingestuft worden, auch deshalb, weil sie mittels der obligatorischen Lizenzen „die Konkurrenz der nationalen Labors“ erleichterten. Abschluss des MacKay-Besuchs bildete ein Treffen mit dem Allianz-Kandidaten Fernando de la Rúa.

## „Abwertung wäre Selbstmord“

### Menem relativierte Erklärungen Duhaldes über Abwertungspläne der Allianz

Präsident Carlos Menem hat Erklärungen von Eduardo Duhalde abgelehnt, wonach die Allianz plane, den Peso ‚im geheimen‘ abzuwerten, wenn sie am 24. Oktober die Wahlen gewinne. Menem verteidigte damit indirekt den Präsidentschaftskandidaten der Opposition, Fernando de la Rúa: „Ich glaube nicht, dass es irgendeinem Kandidaten vorschwebt, abzuwerten.“

Das Gegenteil wäre Selbstmord“, erklärte Menem am Sonntag während einer Pressekonferenz in Anillaco. Gleichzeitig bat er den Kandidaten des Justizialismus, „sich nicht zu beunruhigen“ und wertete die Worte des Gouverneurs als „eine Art Feuerwerk“.

Die Reaktion der Allianz auf die Duhalde-Äußerungen ließ nicht lange auf sich warten. Der Nationalabgeordneten-Kandidat für den Radikalismus in Buenos Aires, Jesús Rodríguez, bestritt noch am selben Tag, dass seine Partei plane, den Peso abzuwerten, wenn sie an die Regierung käme.

Der Ex-Wirtschaftsminister der Regierung Alfonsín unterstrich, dass das Gericht, die Oppositionskoalition bereite eine Abwertung vor, Teil der Wahlkampagne Duhaldes sei. „Wir sehen uns da jemandem gegenüber, der in seinem Bemühen, Stimmen zu fangen, gefährliche Erklärungen für die Gemeinschaft der Argentinier abgibt. Ich glaube, dass er will, dass alle Argentinier verlieren, wenn er verliert und das ist schlimm“, stellte Rodríguez fest.

Doch verharrte der Duhaldismus trotz der Dementis weiter auf seiner Position und ließ durch den Sprecher des Gouverneurs in der Abgeordnetenversammlung, Eduardo Camaño, erklären: „Die Allianz ist derart verwirrt, dass sie als sicher annimmt, dass die einzige gangbare Lösung zur Beendigung der Krise eine Abwertung ist.“ Menem seinerseits versicherte, „die Stabilität wird nicht in Gefahr sein, zumindest nicht bis zum 10. Dezember, solange ich an der Regierung bin“.

# Menemisten spielen Schach um Ämter

## Wie im Senat geht es ums Überleben nach dem Regierungswechsel

Die Zeit läuft ab, doch in der Regierung sind Bestrebungen in Gang, die öffentliche Verwaltung mit Funktionären zu bevölkern, die über den Regierungswechsel hinaus ihre Ämter behalten. Die Strategie: Politische Positionen in Planstellen mit Festanstellung bis zu fünf Jahren zu verwandeln. Gelingt dieses Manöver, werden nur wenige Nischen in der Verwaltung offen bleiben, ganz gleich ob Eduardo Duhalde oder Fernando de la Rúa das Präsidentschaftsrennen macht und am 10. Dezember die Regierung übernimmt.

Übereilte Anordnungen, in Frage gestellte Bewerbungen, ein „Notwendigkeits- und Dringlichkeits“-Dekret vor der Unterzeichnung und die Debatte über ein Ta-

rifabkommen mit Ablaufdatum im Jahre 2001 sind Anzeichen für diese Tendenz. Der Untersuchung einer Zeitung in der Hauptstadt zufolge sind bereits rund 1.000 Positionen im laufenden Jahr, dem letzten der menemistischen Regierung, besetzt worden. Die Mehrzahl dieser Ernennungen ist rechtlich gedeckt, hat jedoch Begründungen, die sehr widersprüchliche Interpretierungen hervorgerufen haben. Diese Fälle haben keine gemeinsame Methodologie, führen jedoch am Ende immer zur Ernennung von Personal.

\* Der Verteidigungsminister Jorge Domínguez erhielt eine Sondergenehmigung vom Büro des Kabinettschefs zur Besetzung von offenen Stellen unter Umge-

hung des sonst üblichen Amtsweges. Gemäß des Verwaltungserlasses 114, veröffentlicht im Amtsblatt vom 19. Mai, wurde dem Ministerium eine Ausnahmeperiode von zwei Monaten zugestanden, um diese Einstellungen zu definieren. In der Begründung wird festgestellt, dass sich das Ministerium derzeit der Modernisierung und Neugestaltung der Streitkräfte widme, was eine Reihe zusätzlicher Aufgaben mit sich gebracht habe. In der Organisationsstruktur des Ministeriums, so heißt es weiter, fänden sich offene Stellen, deren Besetzung umgehend zur Erfüllung der gestellten Aufgaben erforderlich sei. Trotz der Dringlichkeit werden aber weder Amtsstellung noch Zahl der Stellen erwähnt.

Außenminister Guido Di Tella verbucht für sich ein „Notwendigkeits- und Dringlichkeits“-Dekret zur Aufnahme von 450 Zeitvertragsangestellten in den Dauerpersonalbestand des Ministeriums. Die Entscheidung wurde der Unión del Personal Civil de la Nación (UPCN, Gewerkschaft des Zivilpersonals der Nation) von Di Tella persönlich in der vergangenen Woche dem Gewerkschafter Daniel Coronel mitgeteilt. Die Berufsdiplomaten „erklärten unmittelbar den Krieg“: „Jede Ernennung im Dauerpersonalstand des Ministeriums“, schrieben sie an Di Tella, „muss unumgänglich mittels öffentlicher Ausschreibung geschehen, die die verfassungsmäßigen Garantien der Eignung und Gleichheit der Chancen für die Ausübung des öffentlichen Amtes gewährleistet“. Den Brief unterzeichnete der Vorsitzende der Berufsvereinigung der dauernd im Außendienst der Nation Tätigen, Raúl Ricardes.

Es kam dann zu einem Treffen Di Tellas und Ricardes in gespannter Atmosphäre, doch wichen beide nicht von ihrer Position ab. Aus dem Ministerium aber verlautete, es gebe da „eine bereits gefällte Entscheidung, die auf den letzten politischen Entschlüssen des Menemismus beruht“.

Regierung und UPCN sind dabei, einen Kollektivarbeitsvertrag von zweijähriger Dauer für die Angestellten der Administración Nacional de la Seguridad Social (ANSES, Nationalverwaltung für Soziale Sicherheit) abzuschließen, obwohl für die selben Personen im vergangenen Jahr einer von einjähriger Dauer abgeschlossen wurde. Wenn der Vertrag zustandekommt, werden zum Stammpersonal 85 Abteilungsleiter kommen, die ein Durchschnittsgehalt von 6000 Pesos erhalten und praktisch die „Politikkommissare“ der Institution sind.

Unmittelbar nach Erscheinen des Zeitungsaufsatzes über die Einzelheiten dieser Bestrebungen erfolgte das Dementi von Präsident Carlos Menem, der kategorisch erklärte, seine Regierung versuche nicht, politische Ämter in Dauerposten zu verwandeln. Präsidialsekretär Alberto Kohan versicherte, Ämter würden nur mittels Ausschreibung besetzt. Die bonaerenser Gouverneurskandidatin Graciela Fernández Mejjide aber ist überzeugt, dass „die überladene Bürokratie weiter aufgebläht werden soll und dazu Amtsträger in Schlüsselpositionen befördert werden, damit sie unter einer zukünftigen Regierung Einfluss geltend machen können“. Wenn sie Gouverneurin werde, so Mejjide, werde sie alle diese vor Torschluss erfolgten Ernennungen überprüfen.

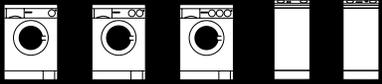
# LAVARropas

## KOH-I-NOOR

**ENTRA EN SU CASA**



Entra en su casa  
40 cm.  
DE ANCHO



Importa: API S.A.I.C. - Distribuye: AUTOSAL S.A. Echeverría 930  
 Florida (1602) Prov. de Buenos Aires - Tel: 4730-0011 - Fax: 4730-0800



**SERVICIOS DIGITALES**

[www.multimedia.com.ar](http://www.multimedia.com.ar)

Corrientes 456 - P.16 - of.161 - (1366) Bs. As. Argentina  
 Tel/Fax: (54-11)4393-8837/4393-8298 - servicios@multimedia.com.ar

# DIE WOCHE IN ARGENTINIEN

## Nordgrenze

Die USA haben die argentinische Regierung über die Möglichkeit konsultiert, in Salta eine Niederlassung einer US-Militärdelegation im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die „Narcoguerrilla“ in Kolumbien zuzulassen.

## Abtrünnige

Mit ihrem Eintritt in das Lager der Allianz haben drei Woche vor den Provinzwahlen in Chaco zwei justizialistische Parteifunktionäre für Aufsehen gesorgt. Es handelt sich um die Nationalabgeordneten Claudio Mendoza und den Ex-Funktionär Gustavo Rousselot, den Bruder des ultramenemistischen Ex-Bürgermeisters von Morón, Juan Carlos Rousselot. Mendoza ist Schwager des PJ-Gouverneurskandidaten Jorge Capitanich.

## Kein Wahlbündnis

In Catamarca ist das Wahlbündnis zwischen dem Frente Cívico y Social und dem Frepaso gescheitert. Der Frente, geführt von der UCR, unterstützt die Präsidentschaftsformel der Allianz und hat als Kandidaten zum Nationalabgeordneten den Vizegouverneur Simón Fermín Hernández aufgestellt. Der Frepaso vertritt ebenfalls die Formel de la Rúa/Alvarez, diskutiert aber noch den Spitzenkandidaten auf der Abgeordnetenliste.

## Hilfe für Geldbeutel

Der Gouverneurskandidat der Allianz in der Provinz La Pampa, der Radikale Juan Carlos Passo, hat für den Fall eines Wahlsieges versprochen, die „Anwesenheitsprämie“ mit dem Grundgehalt zu verbinden. Diese „Grundgehaltserhöhung“ beträgt immerhin 30 Prozent dessen, was die Lehrer in der Provinz verdienen.

## MPN-Bürgermeister

Der Kandidat des Movimiento Popular Neuquino, Oscar Koenig, hat am Sonntag die Bürgermeisterwahlen in Chos Malal in der Provinz Neuquén gewonnen. Koenig kam auf 52,32 Prozent der Stimmen, Zweiter wurde Leonardo Rojas vom PJ mit 27,91 Prozent. Die UCR (14,62) und der Frepaso (5,05) lagen abgeschlagen auf den Plätzen drei und vier.

## Santa Rosa

Das Unwetterphänomen Santa Rosa hat auch in diesem Jahr pünktlich Hagel, aber keine Überschwemmungen gebracht. In der Hauptstadt fiel der „große Regen“ am Montag zwischen 13.00 und 15.00 Uhr. Starke Regenfälle wurden auch in Córdoba, La Pampa, San Juan, Mendoza, Entre Ríos und dem Norden der Provinz Buenos Aires registriert.

## Hubschrauberverbot

Die Direktion von Parques Nacionales (Nationalparks) hat mitgeteilt, dass Hubschrauberflü-

ge für Touristen über dem Parque Nacional Nahuel Huapi nicht zugelassen seien. Die Mitteilung erfolgte, nachdem in der Tagespresse gemeldet worden war, dass ein Unternehmen Hubschrauberflüge plane.

## Verhandlung gegen Pico

Am 28. beginnt das öffentliche Anhörungsverfahren gegen den Ex-Präsidenten des Stadtrates von Buenos Aires, José Manuel Pico, dem illegale Bereicherung vorgeworfen wird. Pico muss sich außerdem einem zweiten Verfahren wegen wiederholten Betrugs und Bandenbildung stellen. Dazu kommt das Verfahren im Zusammenhang mit den sogenannten „ñoquis“. Pico befindet sich seit zwei Jahren in Untersuchungshaft, deren Dauer am Montag vom Gericht verlängert wurde.

## Massacesi

Der radikale Senator Horacio Massacesi bewirbt sich außerparteilich für die Democracia Cristiana (Christdemokraten) um das Amt des Bürgermeisters von Viedma.

## Cavallos Kritik

Domingo Cavallo hat am Dienstag seinen Kontrahenten um das Präsidentschaftsamt, Eduardo Duhalde, des Nachahmens bezichtigt. Der PJ-Kandidat kopiere seine Worte und die „Strategie, zu einer wirtschaftlichen Konzentrierung vor den Wahlen aufzuru-

fen“. Doch seien trotz allem, so Cavallo, die von dem Gouverneur vorgeschlagenen Maßnahmen „ein Cocktail, aber keinesfalls ein Plan“.

## Stadtregierung

Fernando de la Rúa hat Hugo Germanó vom Frepaso in das Kabinett der Stadtregierung aufgenommen. Zu diesem Zweck wurde eigens das Untersekretariat für Justiz geschaffen, dem Germanó vorsteht. Mit der Ernennung des Politikers wurde die Integration von Vertretern des Frepaso in die Stadtregierung vorangetrieben.

## Taxidemonstration

Ein seit geraumer Zeit andauernder Konflikt zwischen Taxifahrern, Mietwagenchauffeuren, der Stadtverwaltung von Córdoba und der Justiz hat am Dienstag zu Ausschreitungen geführt, als die Polizei einen Demonstrationsszug von rund 200 Fahrzeugen mit Gewalt versucht hatte, aufzulösen. Dabei wurden zehn Personen verletzt. Drei Taxifahrer wurden festgenommen, wenig später aber wieder freigelassen.

## Untersuchung

Luis Moreno Ocampo ist am Mittwoch in Corrientes eingetroffen, um Korruptionsfälle in der Provinz zu untersuchen. Er handelt im Auftrag der Provinzregierung für ein Honorar von fast 170.000 Pesos.

## Archivjustiz

1998 hat die Untersuchungsjustiz ihre eigenen „Rekorde“ um ein vielfaches überschritten, leider auch den der Archivierung von Fällen, die eigentlich einer Untersuchung und eventuellen Verurteilung des Täters bedürft hätten. Beauftragt mit der Bekämpfung eines Gebirges von schweren Straftaten wie Raub, Mord und Vergewaltigung, gelang den Untersuchungsrichtern auch nach Archivierung von 70 Prozent der Akten keine Kontrolle der Situation. Archivieren kommt in den meisten Fällen der Einstellung des Verfahrens gleich.

Nach Statistiken des Obersten Gerichtshofes haben die 49 Untersuchungsgerichte in der Hauptstadt 1998 8.200 Fälle mehr zu bearbeiten gehabt als im Jahr zuvor. 1998 wurden 115.600 neue Verfahren eröffnet. Zusammen mit den vom Vorjahr unerledigt gebliebenen waren dies insgesamt 125.705. Der Tendenz der Vorjahre folgend, kamen auch 1998 nur etwa drei Prozent der Verfahren zur Verhandlung. Bei diesen handelte es sich in 83 Prozent der Fälle um Raub oder versuchten Raub. Doch seien in fast allen Fällen, wie aus Justizkreisen verlautet, umfangreiche Untersuchungen nicht erforderlich, „weil die Täter auf frischer Tat ertrapt wurden“.

Auf der Strecke blieben demnach verjährte, offizielle Verfahrenseinstellungen, Verfahren, in denen es zwar Verdächtige gab, die aber nicht auffindbar waren oder die zahlreichsten, die archivierten Verfahren, in denen gegen unbekannte Täter hätte ermittelt werden müssen. Diese enorme Zahl von archivierten Akten (70 Prozent der Gesamtzahl) hat dazu geführt, dass jetzt die Schaffung eines Amtes diskutiert wird, das derartige Fälle untersuchen soll. Diese Überlegungen beruhen jedoch angesichts der zunehmenden Unsicherheit auf dem Unbehagen der Justiz selbst.

## María Julia in Nöten

Nach sieben Monaten Hin und Her hat die Bundesregierung jetzt den US-Behörden ein Ersuchen der argentinischen Justiz übermittelt, Bericht über Bankguthaben und Immobilienbesitz der Staatssekretärin im Umweltamt María Julia Alsogaray in den USA zu erstatten. Der Antrag wurde bereits im Februar von den Staatsanwälten Eamon Mullen und José Barbaccia im Rahmen der Untersuchung eingereicht, deren Gegenstand der dringende Verdacht der illegalen Bereicherung der Staatssekretärin ist. Es besteht der Verdacht, dass María Julia mit legitimen Einkünften (sie verdient monatlich 3.000 Pesos und hat seit 14 Jahren öffentliche Ämter inne) ihr Vermögen von rund zwei Millionen nicht rechtfertigen kann. Auch bestehen Zweifel über eine Zahlung von 500.000 Pesos der bankrotten Schiffswerft Alianza des menemistischen Unternehmers Arnaldo Martinenghi an María Julia mit der Etikette: „Berufshonorar“. Seit 1989 erfreut sich die Staatssekretärin des Vertrauens von Präsident Carlos Menem. Damals war sie mit der Privatisierung des Unternehmens ENTel betraut. Danach kam die Privatisierung des Stahlunternehmens SOMISA, einem der größten Staatsbetriebe. Im Fall Riachuelo verkündete sie großspurig, die Reinigungsarbeiten würden in 1000 Tagen beendet sein. Auch die doppelte Zeit und die dafür vorhandenen Mittel reichten nicht, damit die Arbeiten wenigstens eingeleitet wurden. Auch bei der Privatisierung des Hotelkomplexes Llao Llao werden Unregelmäßigkeiten bei der Lizenz-Vergabe vermutet. Bei den letztjährigen Waldbränden im Süden blieb eine weinende, jedoch keineswegs tatkräftige Staatssekretärin in Erinnerung. Damals mußte sie sich im Flughafengebäude verschanzen, weil eine bedrohliche Menschenmenge „persönlichen Kontakt“ mit ihr aufnehmen wollte.

# Wähler wollen Wechsel

## Umfrage von Graciela Römer mit überraschender Erkenntnis

Die meisten Wähler versprechen sich von der Präsidentschaftswahl im Oktober eine Verbesserung der angespannten Arbeitsmarktsituation.

Dies geht aus einer in der ersten Augustwoche durchgeführten Umfrage des Meinungsforschungs-Institutes Graciela Römer hervor. Abgesehen von der Wahlkampagne der Präsidentschafts-Kandidaten scheint der Wechsel die ausschließliche Forderung der Wähler vor den Wahlen am 24. Oktober zu sein.

Die Befragung ergab, dass 62 Prozent den Wechsel im Zusammenhang mit dem Problem der Arbeitslosigkeit sehen. Weit weniger wichtig erscheinen den Argentinern Forderungen nach Änderung der Bildungspolitik (30 Prozent), Neuorientierung des Wirtschaftskurses (27), Verbesserung der öffentlichen Sicherheit und die Kontrolle der Kriminalität (23) sowie die Hoffnung nach einer besseren Gesundheitsversorgung (20). An letzter Stelle steht die Kontrolle der Verwaltungskorruption und die Verbesserung der Institutionen mit 19 Prozent. Bei

einer isolierten Betrachtung der Allianz-Wähler steigt allerdings die Bedeutung der Korruptions-Bekämpfung 28 Prozent, während unter den PJ-Wählern der Wechsel zusammen mit der Arbeitslosigkeit von nicht weniger als 69 Prozent der Befragten als vordringlich angesehen werden.

Ehrenhaftigkeit und Transparenz verkörpert der Allianz-Kandidat Fernando de la Rúa für 40 Prozent der Befragten. In weitaus geringem Maße (sechs Prozent) wird der Allianz-Kandidat wegen seiner Kapazität und seiner Vorschläge gewählt. 29 Prozent der Duhalde-Anhänger schätzen dessen Regierungstätigkeit (öffentliche Bauten und Soziales).

Doch trotz des grossen Vorsprungs zugunsten der Allianz (42 Prozent gegen 29,2 Prozent landesweit) sind viele der von Graciela Römer Befragten der, für manchen überraschenden Ansicht, dass letztlich der PJ - wenn auch mit geringfügigem Unterschied - gewinnen werde.

## Randglossen

Das schreckliche Unglück am Stadtflughafen Aeroparque hat zu nächst bewirkt, dass die Flugzeuge lokaler und regionaler Ziele vom internationalen Flughafen Ezeiza abfliegen und ankommen. Die unmittelbaren Folgen dieser Verlagerung waren chaotisch, weil der Flughafen Ezeiza nicht in der Lage ist, den Flugverkehr von Aeroparque zu übernehmen. Als Alternative ist wieder die Flughafeninsel, genannt Aerolisla, aufgetaucht. Gegenüber von Aeroparque, zwei bis drei Kilometer im Flussbett, würde diese künstliche Insel den städtischen Flugverkehr anstandslos abwickeln, wobei in der jüngsten Planung Aeroparque weiterhin die Abfertigung der Passagiere erledigen würde. Die Insel liesse sich zudem beliebig erweitern und würde auf jeden Fall Unfälle wie das jüngste Unglück verhindern, weil die Piste lang genug wäre. Politiker und Sachverständige müssen sich jetzt mit dieser Alternative beschäftigen, während Flugreisende in Ezeiza das Nachsehen haben.

Gouverneur Duhalde hatte bislang Pech mit seinen Bemühungen, Allianzen für die Präsidentschaftswahlen mit Cavallo, Balter, Patti und Béliz herzustellen. Neuerdings verlassen ihn seine treuesten Alliierten, die Gouverneure von Santa Cruz, Néstor Kirchner, und Entre Ríos, Jorge Busti. Kirchner beanstandet den brasilianischen Publizisten José Eduardo „Duda“ Mendonça, der den Kandidaten berät. Der Wahlfeldzug Duhaldes zielt auf politischen Aktivismus ab, damit die Vorschläge zur sofortigen Steuersenkung und zum einjährigen Entlassungsverbot von der Allianz abgelehnt werden. Das soll laut Duda die Wähler günstig für Duhalde beeinflussen, als ob die wahlberechtigten Bürger so dummen wären, die katastrophalen Folgen solcher Demagogie für die Staatsfinanzen der Nation und der Provinzen nicht zu erkennen. Die argentinischen Wähler essen längst kein Glas mehr, wie es hierzulande richtig heisst.

## WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

### Konzertierung jetzt!

Nur fünfzig Tage vor dem Wahltag vom 24. Oktober und mit 19% Rückstand in den Umfragen über die Wählerabsichten gegenüber seinem Allianz-Rivalen Fernando de la Rúa, hat Gouverneur Eduardo Duhalde als Kandidat der regierenden Justizialistischen Partei der Opposition und der Exekutive eine konzertierte Aktion vorgeschlagen. *Konzertierung jetzt!* („Concertación ahora!“) lautet das Schlagwort, mit dem Duhalde die Wähler umstimmen will, damit sie ihn an Stelle von de la Rúa vorziehen.

Angeblich dem Rat seines brasilianischen Medienexperten Duda folgend, fordert Duhalde die Opposition und die Exekutive heraus, indem er die Wirtschaftslage als depressiv, rezessiv und gefährlich einstuft, weil sie in eine soziale Explosion ausarten könne, sofern nicht sofort ein Notstandsprogramm umgesetzt wird.

Taktisch sollten die oppositionellen Parlamentarier in die Lage versetzt werden, den Vorstoss zu boykottieren, damit dann in Fotografien festgehalten wird, wer für und wer gegen den Rettungsplan einstand. Diesen Gefallen haben die Allianzparlamentarier dem PJ-Kandidaten nicht getan, weil sie zur Sitzung im Kongress erschienen und sich bereit erklärten, den Plan zu debattieren. De la Rúa hatte Bedenken angemeldet und gefordert, dass die Minister für Wirtschaft und Arbeit den Kongress persönlich über die Auswirkungen des Programms unterrichten sollten. Alfonsín

machte mit und schickte seine Anhänger im Kongress zur Debatte.

Die „Konzertierung jetzt!“ ist ein Sammelsurium von Steuersenkungen, Entlassungsverboten, Umschuldungen und flankierenden Massnahmen, mit denen die Rezession umgehend in eine Expansion münden soll. Davon erwartet Duhalde eine Umkehr in den Absichten der Wähler. In seiner Sicht soll das bereits nach der Ankündigung seines Vorstosses um 5 Prozentpunkte zu seinen Gunsten und 4 Prozentpunkten weniger für de la Rúa eingetreten sein, ohne dass eine seriöse Umfrage dies bisher beherzigt hätte. Bislang führt de la Rúa mit 48% gegen 29% von Duhalde laut dem demoskopischen Institut von Manuel Mora y Araujo.

Im Einzelnen soll der Kongress folgende Programmpunkte behandeln:

- Der Mehrwertsteuersatz soll einen Monat nach Inkrafttreten des Gesetzes von jetzt 21% auf 15% fallen, ausgenommen Lebensmittel und Medikamente, die bei 10,5% bleiben. Dieses umfassende Steuergeschenk kostet mutmasslich nahezu \$ 6,5 Mrd. im Jahr an Fiskaleinnahmen, davon rund die Hälfte zu Lasten der Provinzen. Laut Steuereinsamler Carlos Silvani bedeutet die Senkung von je 1% der MWSt. jeweils etwa \$ 1,1 Mrd. Einnahmenverlust. Nur die Steuerbehörde AFIP ist im Lande in der Lage, den Einnahmenverlust aus Steuersenkungen zu schätzen.

- Der Exekutive wird die bis-

herige Ermächtigung abgesprochen, den Steuersatz der MWSt. zu senken oder zu erhöhen. Offenbar bezwecken die Politiker hiermit, dem Kongress diese Machtbefugnis vorzubehalten. Die Ermächtigung an die Exekutive war unlängst in einem Omnibusgesetz für weitere drei Jahre bestätigt worden.

- Kleine und mittlere Unternehmen (Pymes) sollen von der Zahlung der Zinssteuer (15%) befreit werden. Wieviele Steuerengänge hiermit entfallen würden, wurde nicht mitgeteilt. Die Zinssteuer soll etwa \$ 700 Mio. im Jahr einbringen, worüber noch keine Erfahrung für ein ganzes Kalenderjahr vorliegt. Pymes sind als verschuldete Steuerzahler auch daran beteiligt, sicherlich für einige hundert Millionen Pesos im Jahr, zumal sie höhere Zinssätze bezahlen müssen als erste Adressen grosser Firmen.

- Die einprozentige Steuer auf den mutmasslichen Gewinn, als Aktivensteuer bekannt, soll durch eine Verdoppelung des Mindestfreibetrages von jetzt \$ 200.000 auf \$ 400.000 kleine und mittlere Unternehmen steuermässig entlasten. Grossfirmen werden zur Kasse gebeten. Auch dieses Steuergeschenk bedeutet in der Folge weniger Eintreibung unbekanntem Ausmasses.

- Neue Pymes sollen ein Jahr lang von der Gewinn- und der Aktivensteuer befreit werden. Die MWSt. sollen sie entweder als verantwortliche Steuerzahler („responsables inscriptos“) oder als steuerbefreite („exentos“) behandeln, in welcher letzterer Alternative sie weder Guthaben noch

Belastungen bewirken dürfen. Als Globalsteuerzahler („monotributistas“) sollen Pymes 12 Monate lang von dieser Steuer befreit werden. Für neues Personal fallen keine Beiträge als Arbeitgeber zu den Sozialkassen an, ausgenommen für Sozialwerke und Arbeitsrisiken (ART). Der Steuerverlust für das Finanzamt AFIP dürfte für das einzige Jahr relativ gering sein, zumal solche Pymes sich zunächst in einem Sonderregister einschreiben müssen. Das bedeutet im bürokratischen Argentinien umständliche Prozeduren, die Kleinunternehmer füglich vermeiden.

- Ein neues Steuermoratorium soll Schulden aus Steuern und Sozialbeiträgen per 31. Mai 1999 bis \$ 50.000 (\$ 100.000 im Konkursfall) begünstigen, indem Strafzinsen und Bussen entfallen und die Schulden auf 30 Monate gestreckt werden (60 Monate mit Hypothek- oder Pfandgarantie). Prozesskosten (Anwaltshonorare und dergleichen) sollen um 55% gesenkt und nach dem Schuldenerlass in bar, gegebenenfalls im Moratorium mit jeder Zahlung beglichen werden.

- Ein nicht näher beschriebenes Programm soll die Vorteile beim Erwerb argentinischer Güter im Gegensatz zur importierten Konkurrenz unterstreichen, damit die Menschen verstehen, dass sie damit Eigenes verteidigen. Nationalregierung und Gliedstaaten sollen bei Beschaffungen einheimisch hergestellte Güter erwerben, sofern sie gleiche Qualität und gleiche Preise wie die importierte Konkurrenz ausweisen, was denkbar schwierig in die Praxis umzusetzen, also reines Wunschdenken ist.

- Der Aussenzoll (ausserhalb von Mercosur) für Konsumgüter soll um 5 Prozentpunkte angehoben werden. Das widerspricht dem Mercosur-Vertrag, der verfassungsmässig Vorrecht gegenüber nationalen Gesetzen genießt, so dass eine solche Zollanhebung nur im Einvernehmen mit Brasilien, Paraguay und Uruguay vollzogen werden darf. Der Mercosur ist eine vorerst unvollständige Zollunion mit einheitlichem Aussenzoll. Der Vorschlag verändert den Mercosur in eine Freihandelszone, in der jeder Partner eigene Aussenzölle bestimmen darf. Diese Massnahme bringt Zolleinnahmen für das Schatzamt, verteuert aber die Waren im Inland und erhöht den

Konkurrenzschutz für Mercosur-Lieferanten.

- Arbeitgeber, die Mitarbeiter im kommenden Jahr entlassen, büssen das Steuermoratorium und die Umschuldung ihrer Passiven ein. Das betrifft relativ wenige Unternehmen, wogegen der ebenfalls als Strafe für Entlassungen in Aussicht gestellte Verlust der bisherigen Senkungen der Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialkassen durchweg alle Arbeitgeber fühlbar beeinträchtigen würde.

- Die Exekutive, lies das Arbeitsministerium, wird ermächtigt, die Tarifpartner für neue Arbeitsverträge nach Branchen einzuberufen, was soviel wie gar nichts bedeutet, solange nicht bekannt ist, ob damit auch die alten Arbeitsverträge der siebziger Jahre erlöschen, die kraft sogenannter Ultraaktivität so lange gelten, wie die Gewerkschaften sich weigern, sie durch neue Tarifverträge abzulösen. Bisher haben die Gewerkschafter ihr Veto gegen neue Verträge durchgesetzt.

- Die Steuerbehörde AFIP soll ermächtigt werden, die Steuerschuldner direkt zu belangen, ohne die Erlaubnis der Richter einzuholen, wie es gegenwärtig Vorschrift ist. Ein besonderer Steuerbeamter („funcionario ejecutor“), der gleiche Voraussetzungen wie ein Richter erfüllt, soll die Vermögenswerte säumiger Steuerzahler mit Beschlag belegen. Das betrifft Bankkonten, Finanzguthaben, Kraftwagen, Immobilien und andere Vermögenswerte, ebenso eine allgemeine Einschränkung („inhibición general“) der Verfügung über Vermögenswerte. Mit diesem Vorschlag würde Argentinien auf das in den USA übliche Eintreibungsverfahren bei Steuerschulden umschalten, indem die Richter als massgebende Instanz umgangen werden und nur als Berufungsinstanz gelten. Ob die Parlamentarier, die bisher stets Gesetze zu Gunsten der Schuldner erlassen haben, plötzlich bereit sein werden, der Steuerbehörde die Allmacht über die Vermögenswerte von Millionen Steuerzahlern ohne vorherige Rechtsinstanz zu erteilen, muss füglich bezweifelt werden.

- Das Programm übernimmt von Exminister Cavallo den Vorschlag, alle Zahlungen von über \$ 1.000 nur über Bankkonten (Schecks oder direkte Belastungen, oder mit Kreditkarten) zuzu-

lassen. Cavallo hatte den Vorschlag von Guillermo Laura übernommen, der allerdings \$ 10.000 als Mindestbetrag empfohlen hatte. Der Vorschlag verändert die argentinischen Zahlungsgewohnheiten von Grund auf. Gesetzlich zugelassenes Geld, also auch Geldscheine, dienen den Schuldnern, damit sie sich ihrer Verbindlichkeiten entledigen können. Das wird ihnen mit Bargeld verwehrt. Allerdings werden Schwarzgeschäfte sicherlich weiterhin bar erledigt werden, auch wenn es gesetzlich verboten ist. Der Sinn dieser Massnahme zielt auf Steuerhinterzieher, die im Bankverkehr blossgelegt werden sollen. Was mit gesperrten Bankkonten geschehen soll, ist eine offene Frage.

Dieses umfassende Konzertationspaket geht einher mit einem Verlust an Steuereinnahmen von angenommenen \$ 7 bis \$ 8 Mrd. im Jahr, möglicherweise noch mehr, je nach der Steuerwirkung des neuen Moratoriums. Als erste Wirkung darf erwartet werden, dass zahllose Steuerzahler in Hinblick auf die Durchführung der Konzertierung ihre Bereitschaft aufkündigen, fällige Steuer zu bezahlen. Genau das Gegenteil ist erforderlich, damit das nationale Schatzamt sowie die Schatzämter der 24 Gliedstaaten auf ihre Rechnung kommen können. Zum Jahresende fällt das dreizehnte Monatsgehalt für Löhne, Gehälter und Renten für rund 2 Mio. Beamte und 4 Mio. Rentner an, die nicht bezahlt werden können, wenn weniger Steuereinnahmen eingehen. Sicherlich machen sich die Finanzminister der Provinzen längst Sorgen über die Folgen der Mindereinnahmen, die sie betreffen werden, wenn zumal die Mehrwertsteuer von 21% auf 15% gesenkt werden wird, zahlbar etwa im Dezember oder Januar.

Wirtschaftsminister Roque Fernández und sein Schatzsekretär Pablo Guidotti bereiten gegenwärtig den Haushaltsentwurf für 2000 vor, der am 15. September, also Mitte übernächster Woche, der Deputiertenkammer zugesandt werden muss. Die Budgetberechnungen gehen „ceteris paribus“ von angenommenen \$ 10 Mrd. Kassendefizit (1999 \$ 5,1 Mrd.) aus, das auf \$ 4,5 Mrd. gesenkt werden muss, damit die Vorlage des neuen Gesetzes über die Fiskalsolvanz (genannt Fiskalkonvertibilität oder -verant-

wortlichkeit) für nächstes Jahr (1,5% Defizit des BIP von angenommenen fast \$ 300 Mrd.) bei erwartetem BIP-Zuwachs von 3,5% eingehalten werden kann. Hierfür müssen gewaltige Abstriche bei Staatsausgaben, gegebenenfalls die Geheimfonds und die Sonderfonds des Innenministeriums (ATN) für notleidende Provinzen, erfolgen, ebenso neue Steuereinnahmen.

Wie ein Haushalt aussehen wird, dem weitere Defizite von \$ 7 bis \$ 8 Mrd. kraft Steuersenkungen, Schuldenerlässe und Moratorium aufgebremst werden, ist kaum nachvollziehbar. Deshalb lässt Wirtschaftsminister Fernández durchsickern, dass er gegebenenfalls den Präsidenten bemühen wird, sein Veto gegen das Steuergesetz einzulegen. Sonst geht die Fiskalrechnung auf keinen Fall auf.

Der Internationale Währungsfonds hat durch Erklärungen des verantwortlichen Beamten für Aussenbeziehungen, Thomas Dawson, dieser Tage die Bereitschaft zu einer Verhandlung mit der kommenden Regierung mitgeteilt, damit auf der Grundlage glaubhafter und durchgreifender Massnahmen die Staatsfinanzen saniert und Strukturreformen eingeleitet werden. Die Konzertierung jetzt! dürfte kaum hiermit in Einklang gebracht werden.

Deutlicher äusserte sich die Sprecherin der Rating-Agentur Standard & Poor's, Lacey Gallagher, in New York, als sie den Finanzbedarf staatlicher und privater Schuldner auf Weltmärkten für 2000 auf US\$ 15 Mrd. schätzte und den Vorschlag Duhaldes als nicht machbar einstufte. Das heisst im Klartext, dass die Rating-Agentur argentinische Schuld-papiere gelegentlich degradieren wird, so dass die Zinssätze zunehmen, bis kein einziger Bondskäufer bereit sein wird, solche Papiere zu erwerben. Das bedeutet dann soviel wie die Zahlungseinstellung, Englisch „default“ genannt, wenn Beamtengehälter und Renten Zahlungsprivileg vor Zinsen und Fälligkeiten der Staatsschulden geniessen.

Vorerst bleibt abzuwarten, wie die Konzertierung jetzt! im Kongress behandelt werden wird. Erfahrungsgemäss dürfte sie diesbezüglich längst nicht so heiss gegessen werden, wie sie gekocht wird. Viel hängt auch davon ab, wie sich die Umfragen über die Wählerabsichten in den kommen-

den Wochen entwickeln werden, wobei es darauf ankommt, ob Duhalde den bedeutenden Rückstand von 19% gegenüber de la Rúa aufholt, wie er es behauptet,

## Konzentration bei den lokalen Supermärkten

Die Super- und Hypermärkte, die in den letzten Jahren eine phänomenale Expansion erfahren haben, stellen eine Konzentration des Einzelhandels dar, da sie die traditionellen Kolonialwarenläden („almacenes“) weitgehend verdrängt haben. Seltsamerweise haben sich diese nicht zur Wehr gesetzt, wie sie es in anderen Ländern getan haben, indem sie Ketten gebildet haben, dann den Einkauf konzentriert und die Art der Läden und der Bedienung rationalisiert und vereinheitlicht haben. Statt dessen sind auch Ketten von kleinen Läden aufgetaucht, die nur wenige sehr preiswerte Produkte bieten und den Supermärkten somit effektive Konkurrenz machen. Das hätten die Kolonialwarenläden auch organisieren können; aber sie waren eben mentalitätsmässig zurückgeblieben und wurden von der Modernisierung des Warenvertriebes überrannt.

Die Konzentration hatte schon eingesetzt, als Exxel die Supermarktkette Norte übernahm und auch Tia dazukaufte. Letzte Woche hat sie noch Casa Lozano, mit 12 Lokalen im Nordwesten des Landes, erworben. Auch sonst gab es Bewegung, so dass die Supermarktkette San Cayetano in andere Hände übergang und allerlei Übernahmegerüchte aufgekomen sind. Die Fusion der französischen Unternehmen Carrefour und Promodes schafft nun auch hier ein neues Szenarium. Denn Promodes ist unlängst bei Norte-Tia mit einer Beteiligung von 49% eingestiegen und verhandelte über weitere 2%, um die Mehrheit zu erhalten. Jetzt dürfte das Unternehmen an den ganzen fehlenden 51% Interesse haben. In Brasilien hat Carrefour letzte Woche drei Supermarktketten in Rio de Janeiro für US\$ 234 Mio. gekauft, was einen deutlichen Expansionkurs zeigt, wobei dies auch gemeinsame Geschäfte mit Argentinien möglich macht, da dadurch der Einkauf in einem Land und der Export ins andere von Supermarktprodukten erleichtert wird.

Dadurch hätte diese Gruppe jetzt in Argentinien einen Marktanteil von über 30%, mit einem

oder ob die Wahl vom 24. Oktober dem Allianz-Kandidaten de la Rúa den Sieg ohne Stichwahl im November einbringt.

Umsatz von etwa \$ 4 Mrd. jährlich. Das neue Monopolgesetz schreibt indessen vor, dass in diesem Fall eine Genehmigung der Kartellbehörde („Comisión de defensa de la competencia“) notwendig ist. Allein, auch wenn die Fusion nicht zugelassen wird, besteht ein de facto-Zusammenschluss, mit gemeinsamen Einkaufsmöglichkeiten und Abstimmung der Geschäftspolitik.

Die positive Seite der Supermärkte ist die Verbilligung der Produkte, die am meisten konsumiert werden. Auch leisten sie einen Beitrag zur Stabilisierung, da sie ein Hindernis für die Abwälzung höherer Kosten der Lieferanten auf die Preise darstellen. Die negative Seite ist, dass eine Monopolstellung beim Einkauf der Produkte entstanden ist, die vielen Unternehmen grossen Schaden zugefügt hat. Einige mussten sogar schliessen. Die Supermärkte kaufen zu bestimmten Preisen, die von vorne herein niedrig sind, und machen dann einseitig Abschläge, sei es, weil das Produkt gut ausgestellt wurde, oder weil es beschädigt wurde (z.B., weil eine Büchse auf den Boden fiel), oder, bei verderblichen Gütern, weil sie nicht rechtzeitig verkauft werden konnten, oder auch, weil ein anderer Supermarkt das gleiche Produkt billiger verkauft, weil er es als Förderungsprodukt gewählt hat und dabei Geld verliert. Das will der andere Supermarkt dann nicht wahrhaben.

Die Fabrikanten von Milch und Milchprodukten haben als erste auf dieses Vorgehen reagiert und gemeinsam Preise festgesetzt, unter denen keiner von ihnen an Supermärkte liefert. Dem Nachfragemonopol und -kartell opponieren sie mit einem Angebotskartell. Jetzt bemühen sich auch andere Branchen um derartige Abkommen, sind jedoch bisher nicht sehr weit gekommen. Wenn es nicht einen notorischen Brancheführer gibt, der die Möglichkeit hat, seine Konkurrenten durch niedrige Preise zu ruinieren, weil er länger aushält, dann ist traditionell die Kartellbildung in Argentinien sehr schwierig, es sei denn mit Maffiamethoden.

Dennoch: der Druck auf die Lieferanten der Supermärkte durch diese ist so gross, und wird voraussichtlich bei der Konzentrationstendenz noch grösser, dass die Lieferanten sich eben werden anstrengen müssen, um

zu überleben. Das wäre dann ein interessanter Fall für die Kartellbehörde, da beide Seiten gegen das Monopolgesetz verstossen. Das weiseste ist, sich nicht einzumischen.

## Der Streit um die Postkonzession

Die staatliche Post, seinerzeit Encotesa (Empresa Nacional de Correos y Telégrafos, sociedad anónima) und heute Correo Argentino S.A., war das letzte grosse Staatsunternehmen, das privatisiert wurde, wenn man die Flughäfen ausnimmt, die erst anlässlich der Privatisierung in eine Unternehmensform gekleidet wurden. Der Fall war von Anfang an konfliktiv. Nachdem seinerzeit der Postunternehmer Alfredo Yabrán sich für die staatliche Post interessierte, hielt Cavallo 1994 eine elfstündige Ansprache vor der Deputiertenkammer, in der er Yabrán als Maffiachef brandmarkte. Die Kammer liess das Projekt dann fallen, das schon vom Senat genehmigt worden war, und zwar mit der seltsamen Klausel, dass die Gendarmerie die Postsäcke nicht öffnen durfte. Dabei wurde angenommen, dass dies den Vertrieb von Rauschgift durch die Post schützen sollte.

Danach verstrich einige Zeit, bis diese Privatisierung wieder in Angriff genommen wurde. Bei der neuen Ausschreibung gewann die Macri-Gruppe (SOCMA) mit einer Minderheitsbeteiligung der Banco de Galicia, die jedoch eigentlich nur daran interessiert war, in den Postämtern einen Bankservice einzurichten. Macri überbot damals andere Konkurrenten mit einer Gebühr, die mit \$ 103,2 Mio. jährlich fast doppelt so hoch wie die der Konkurrenten lag. Bei einem Umsatz von knapp über \$ 400 Mio. jährlich, den die Post damals auswies, wobei es sich um ein Verlustgeschäft handelte, erschien diese Gebühr von Anfang an zu hoch, bedenkt man, dass ausserdem noch Mittel für Investitionen bereitgestellt werden mussten.

Die Post ist heutzutage ein schwieriges Geschäft, nachdem die elektronische Post, also Fax und E-mail, eine rasante Zunahme erfahren. Ebenfalls muss berücksichtigt werden, dass der Konzessionär sich verpflichtet hat, bestimmte Tarife einzuhalten, die kaum ausreichend sind, um die Kosten zu decken. Die einzi-

ge Möglichkeit, die notwendige Wirtschaftlichkeit zu erreichen, besteht darin, den Marktanteil zu erhöhen, also die privaten Postunternehmen, die im Schatten einer ineffizienten und unzuverlässigen Staatspost entstanden waren, zu verdrängen. In der Tat hat sich der Postdienst seit der Privatisierung stark verbessert, was zur Folge hatte, dass Kunden von anderen wesentlich teureren Postdiensten auf den ehemals staatlichen übergegangen sind. In dieser Branche haben grössere Unternehmen einen natürlichen Vorteil. Denn es kostet das gleiche, wenn ein Kleinlaster mit Post gefüllt fährt, als wenn er nur die Hälfte befördert. Bei höherem Volumen lassen sich die Frequenzen der Verteilung steigern und auch Orte bedienen, die sonst ein Verlustgeschäft bedeuten.

Correo Argentino hat bisher die Gebühr nicht bezahlt und dann dem Staat ein Kompensationsgeschäft vorgeschlagen. Angeblich schuldet der Staat dem Unternehmen um die \$ 150 Mio. Ausserdem soll das Unternehmen dafür entschädigt werden, dass es ein Arbeitsabkommen hat, das höhere Kosten bewirkt als die der Konkurrenten. Wäre all dies bei der Ausschreibung festgesetzt worden, so wäre der Fall in Ordnung. Aber nachträglich erscheint so etwas kaum möglich. Abgesehen davon würde hier ein Präzedenzfall geschaffen, der die Staatsfinanzen belasten würde. Denn viele Unternehmen haben Forderungen gegen den Staat und müssen dennoch ihre Steuern pünktlich zahlen, widrigenfalls sie mit Zinsen, Bussen und eventuell auch Prozesskosten belastet werden. Sehr oft zahlt der Staat schliesslich nur mit hohem Abschlag.

Die Regierung hatte jedoch schon ein Dekret im Sinne der Kompensation vorbereitet. Das sickerte durch und führte dazu, dass das Konkurrenzunternehmen OCA, das jetzt der Exxel-Gruppe gehört, eine Klage vor Gericht gegen diese Absicht einreichte, und auch erreichte, dass die zuständige Richterin die Regierung

anwies, die Zeichnung dieses Dekretes zu unterlassen. Die Kammer der privaten Postunternehmen hat sich ebenfalls gegen dieses Kompensationsdekret ausgesprochen, und darauf hingewiesen, dass eine Vertragsänderung nur vom Kongress beschlossen werden kann. Es ist klar, dass die kleineren Postunternehmen ihrem grossen Konkurrenten diesen Vorteil nicht gönnen, der schliesslich ihre Marktstellung gefährden würde. Es dürfte für diese Regierung kaum mehr möglich sein, eine Massnahme dieser Art zu verfügen. Und die nächste dürfte sich für diesen Fall kaum erwärmen.

Wenn die Macri-Gruppe die Gebühr weiterhin nicht zahlt, dann muss die Konzession rückgängig gemacht werden. Das be-

## Die Cairns-Gruppe im Angriff

Cairns ist eine Stadt in Australien, in der sich im Jahr 1986 Vertreter von fünfzehn Ländern zu einer informellen Gruppe zusammengeschlossen haben, die Einfluss auf die Verhandlungen im Rahmen der damals beginnenden Uruguay-Runde im GATT nehmen sollten. Die Länder der Cairns-Gruppe widersetzen sich grundsätzlich den Agrarsubventionen, die hauptsächlich in Europa und den USA sowie auch in Japan und einigen Entwicklungsländern in Osteuropa und Asien praktiziert werden. Seither treffen sich die Minister dieser fünfzehn Länder regelmässig.

Die 13. Ministertagung fand am vergangenen Wochenende in Buenos Aires statt. Gleichzeitig trafen sich die Vertreter der landwirtschaftlichen Verbände auf Einladung der argentinischen Sociedad Rural Argentina. Cairns-Mitglieder sind Argentinien, Australien, Brasilien, Kanada, Chile, Kolumbien, Fiji, Indonesien, Malaysia, Neuseeland, Paraguay, die Philippinen, Thailand, Uruguay und Südafrika. Als Beobachter wurden dieses Mal Bolivien, Costa Rica und Guatemala eingeladen, die sich um eine Vollmitgliedschaft bewerben. Der US-Landwirtschaftssekretär Dan Glickman weilte ebenfalls in Buenos Aires als Gast der Ministersitzung.

Nach zweitägigen Beratungen gaben die Minister eine Erklärung heraus, in der sie deutlich gegen die Agrarsubventionen Stellung nehmen. Sie beklagen sich, sicherlich zu Recht, dass

deutet, dass der Konzessionär die schon beigesteuerten Beträge verliert. Danach müsste das Postunternehmen neu ausgeschrieben werden, wobei dann wahrscheinlich die Anbieter eine niedrigere Gebühr bieten, und/oder die Kompensation mit den angeblichen Schulden fordern dürften. Für OCA wäre das Unternehmen Correo Argentino von vorne herein ein besseres Geschäft als für die Macri-Gruppe, weil die Postverteilung dann gemeinsam durchgeführt werden kann, so dass von Anfang an ein höheres Volumen erreicht wird, wobei die OCA-Post einen höheren Tarif zahlt. Dies hätte jedoch jetzt einen Haken, der durch das neue Monopolesgesetz entstanden ist, da hier eine stark marktbeherrschende Position geschaffen wird.

diese Subventionen im Jahr 1998 nach Berechnungen der Studienstelle OCDE in Paris US\$ 362 Mrd. erreicht und damit die Marke von US\$ 326 Mrd. zu Beginn der Uruguay-Runden deutlich übertroffen haben.

Diese nackten Zahlen bezeugen, dass die Versprechungen der Agrarsubventionsländer in der Uruguay-Runde nichts gefruchtet haben. In Marrakesch wurde im April 1994 die achte Verhandlungsrunde im GATT mit mehreren Protokollen abgeschlossen, darunter auch betreffend Agrarsubventionen. Der Zugang zu den geschützten Märkten sollte bis 5% des jeweiligen Binnenmarktes gesichert werden, die Garantiepreise und die Exportsubventionen sollten um deutlich über 30% abgebaut werden. Die Folge solcher Massnahmen hätte in geringeren Subventionen abfärben sollen, was jedoch nicht eintrat. Die Sachverständigen der Subventionsländer geben an, ihre Verpflichtungen gegenüber der Uruguay-Runde formell erfüllt zu haben, was sich jedoch in der Praxis darauf beschränkte, allerlei Importrestriktionen in Wertzölle umzurechnen, indem die Differenz zwischen den jeweiligen Inlands- und Weltmarktpreisen in Prozenten der Importwerte ermittelt wurden. Dabei ergaben sich absurde Zollsätze von 50% bis über 150%.

Wie grotesk diese Zollsätze für Agrarimporte sind, erhellt aus dem Streit zwischen der EU und China. Dieses Land bewirbt sich um die Vollmitgliedschaft bei der

Welthandelsorganisation (WHO), Nachfolgerin des GATT, und wird aufgefordert, die Agrarzölle nicht höher als 17% anzusetzen, worauf China sich bereit erklärt, aber die EU fragt, wie es sich mit ihren Agrarzöllen verhält, die denkbar höher sind. Dabei ist die EU hochentwickelt, wogegen China ein Entwicklungsland ist.

Die Cairns-Minister fordern, dass in der kommenden Welthandelsrunde, genannt Runde des Millenniums, die ab November 1999 in Seattle, USA, eingeläutet werden wird und nicht länger als drei Jahre laufen soll, die Marktöffnung, der Abbau der Garantiepreise und der Exportsubventionen in die Praxis umgesetzt werden. Die Uruguay-Runde hatte den Agrarhandel zum ersten Mal nach vierzig Jahren GATT in die Verhandlungen aufgenommen und die Problematik dieser drei Bereiche aufgezeigt, ohne dass darüber hinaus echte Fortschritte in der Liberalisierung des geschützten Agrarbereichs in Europa, USA und Japan erreicht worden wären. Die US-Regierung hat freilich ihren Agrarschutz abgebaut, subventioniert aber die Produktion und den Export nach wie vor. Agrarsekretär Glickman befürwortete in einer Rede in Buenos Aires den Abbau dieser Exportsubventionen, die Senkung der hohen Importzölle, die in Europa durchschnittlich über 50% liegen und nur 8% in USA, sowie die Marktöffnung schlechthin, damit zumal die Entwicklungsländer profitieren können.

Ein- für allemal soll in der Sicht der Cairns-Minister der Agrarhandel gleich wie alle anderen Bereiche behandelt werden. Der Agrarschutz ist abzubauen, die Exportkredite und die Verzerrungen im Handel müssen verschwinden, da sie echten wirtschaftlichen Schaden in allerlei Entwicklungsländern bewirken, die vom Agrarexport leben.

Vom Europa vorgetragene These der angeblichen Multifunktionalität der Landwirtschaft wird von den Cairns-Ministern heftig bestritten. Die These besagt, dass die Landwirtschaft geschützt werden muss, weil sie neben der Produktion von Agrargütern die Landschaft hütet, die Landflucht der Bauern in die Städte verhindert, die Traditionen erhält und den Wohlstand der Tiere schützt. In der Folge begrün-

det diese ausgefallene These allerlei Diskriminierungen gegen die Importe und den Schutz der Landwirtschaft mit hohen Garantiepreisen, Subventionen und Importrestriktionen.

Die Minister beschränkten sich in ihrer Erklärung auf allgemeine Redensarten und erwähnten die Verhandlungsobjekte nicht, die die Industrieländer im Visier haben, nämlich den Abbau der Industriezölle, bezogen auf die geltenden Zollsätze und nicht auf die höheren im GATT konsolidierten Sätze (zum Beispiel im Mercosur 23% anstatt 35%). Die Verhandlungen der Millenniumrunde sollen, wie bislang abgesprochen worden ist, gesamt-haft sein (Englisch „single undertaking“), so dass keine Einzellösungen anfallen, in der US-Sprachregelung als „early harvest“ bekannt. Die Minister nahmen dazu nicht öffentlich Stellung, ebensowenig wie sie sich auf mögliche Repressalien in Gestalt von hundertprozentigen Strafzöllen auf Markenwaren subventionierter Agrarherkunft bezogen, für die die Cairns-Länder durch die WHO ermächtigt werden müssten, sofern die Subventionsländer ihre Verpflichtungen nicht einhalten. Vorerst gilt eine Friedensklausel, die solche Repressalien aussetzt und die demnach ausläuft.

Die Agrarvertreter gingen in ihrer Erklärung einige Schritte weiter. Sie beklagten die hohen Barzahlungen von US\$ 280 Mrd. der Subventionsländer im Jahr 1997. Hinzu kommen geschützte Inlandspreise, die auch Subventionen zu Lasten der Konsumenten darstellen, anders als die Barzahlungen zu Lasten der Steuerzahler. Sie fordern deutliche Fortschritte bei den kommenden Verhandlungen zwecks Abschaffung der Subventionen, die die Preise, die Produktion und den Handel verzerren.

Die Zölle müssen alleinige Schutzmassnahmen sein, wobei hohe Zollsätze ebenso abzubauen sind wie differenzierte Zollsätze zum Schutz der Verarbeitung. Letzteres betrifft zumal die argentinische Pflanzenölindustrie, die in Übersee gegen Schutzzölle konkurriert, wogegen die Rohstoffe zollfrei eingeführt werden. Die versprochene 5prozentige Marktöffnung ist durchzusetzen, Importkontingente müssen den Zugang sichern, gesonderte Schutzmassnahmen

anders als die allgemein in der WHO zugelassenen, sind für Agrarprodukte abzuschaffen, Exportsubventionen werden als die verabscheuenswürdigsten Schutzmassnahmen abgelehnt, Umwelt- und Arbeitsregeln sind in anderen Foren zu diskutieren, nicht in der WHO, sanitäre Restriktionen müssen sich an die Protokolle der Uruguay-Runde halten und der Handel mit genteisch geänderten Samen ist durch die Protokolle von Marrakesch abgedeckt, die wissenschaftliche Befunde voraussetzen.

Die Agrarvertreter wehren sich dagegen, dass die Landwirtschaft als Pfand gegen anderen Interessen geopfert werden könnte. Im Gegenteil: die Landwirtschaft soll gleich wie alle ande-

ren Branchen behandelt werden und nicht mehr als Stiefkind, wie es seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges geschieht.

All diese Forderungen stossen keinesfalls auf Verständnis der Subventionsländer, wie es deren Sprecher pausenlos behaupten. Sie nehmen keinerlei Anstoss an der Tatsache, dass sie mit Exportsubventionen den Agrarhandel verzerren und effiziente Produzenten mit geschützten Produkten verdrängen, zudem Entwicklungsländer schädigen, für die sie allenfalls Finanzhilfen zusagen, anstatt ihnen die Absatzmärkte zu öffnen.

Der Agraregoismus begleitet insbesondere in Europa den Wirtschaftsaufschwung wie der Schatten den Körper.

## ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

**Die Jahreszinsen für Fristdepósitos auf 30 Tage lagen in der Berichtswoche bei den wichtigsten Banken für Pesos zwischen 5,65% und 7% und für Dollar zwischen 4,75% und 5,5%.**

\*\*\*

**Der Mervalindex stieg in der Berichtswoche zum Donnerstag um 0,8% auf 514,38, der Burcapindex fiel im gleichen Zeitraum um 0,5% auf 935,97 und der Börsenindex fiel um 1% auf 19.534,30.**

\*\*\*

**Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) stieg in der Berichtswoche um 1% auf \$ 0,7210.**

\*\*\*

**Die Rasicgruppe, einer der grössten Geflügelzüchter des Landes, der seine Hühner unter dem Markennamen Cresta Roja vertreibt, wird in etwa 3 Monaten, mit US\$ 10 Mio. Investition, eine neue Vertriebszentrale im Vorort E. Echeverría eröffnen, die im Anschluss an ihren vor 1 Jahr eingeweihten neuen Verarbeitungsbetrieb gebaut wurde.** Auf 10.000 qm bebauter Fläche befinden sich 4 Kältekammern mit 2.000 t Fassungsvermögen für Geflügel, Hamburger und tiefgekühltes Gemüse. Rasic ist einer der wenigen Familienbetriebe die in der Branche noch bestehen. Sie wurde 1958 gegründet und hat im Vorjahr die Granja Moro, den grössten Geflügelzüchter Uruguays, dazugekauft. Der Jahresumsatz 1998 betrug US\$ 160 Mio. in Argentinien und US\$ 40 Mio. in Uruguay. Drei betriebseigene Unternehmen erzeugen ausgewogenes Geflügelfutter und 2 Verarbeitungsbetriebe schlachten 180.000 Hühner pro Tag. Markterster ist San Sebastián mit 230.000 Hühnern pro Tag, obwohl Cresta Roja den grössten Absatz auf dem Binnenmarkt hat. Zu-

sammen mit dem Merkt dritten, Granja Tres Arroyos, beherrschen sie mehr 50% des argentinischen Geflügelmarktes.

\*\*\*

**Dolores Quintanilla de Madanes, Hauptaktionärin von Fate SA dementierte die auch im AT vom 21.8. veröffentlichte Nachricht, dass Fate eine Reifenfabrik in Brasilien errichten wird.** Fate sei die grösste Kfz-Reifenfabrik und seit 4 Jahren in Folge der grösste Reifenexporteur Argentiniens.

\*\*\*

**Die Überwachungsbehörde CNRT (Comisión Nacional de Regulación del Transporte) hat Eisenbahnkonzessionäre in rd. 40 Fällen wegen Nichterfüllungen von Auflagen mit Bussen von insgesamt \$ 6,6 Mio. belegt.** Die von Techint betriebene Ferroexpreso Pampeano wurde wegen in den letzten 7 Jahren verpflichteter aber nicht durchgeführter Investitionen mit \$ 2,3 Mio. bestraft. BAP (Buenos Aires al Pacifico) erhielt 11 Bussen von je \$ 177.000 wegen zwischen 1993 und 1997 nicht durchgeführter Investitionen in Infrastruktur, Signalisierung und Rollmaterial. Für denselben Zeitraum wurde Ferrocarril Metropolitano mit \$ 1,78 Mio. bestraft. Die von der Fortabatgruppe kontrollierte Ferrosur Roca muss \$ 531.000 bezahlen. Die Bussen von Nuevo Central Argentino liegen noch nicht fest. Zur Kontrolle von 22.000 km Schienennetz verfügt CNRT über nur 5 Inspektoren, für die häufig die Mittel für die Streckenrevisionen nicht vorhanden sind.

\*\*\*

**Die Bemberggruppe hat das Pepsi-Cola-Abfüllunternehmen Baesa (Buenos Aires Embotelladora SA) vor der US-Gruppe Donaldson, Lufkin & Jenrette erworben.** Baesa ist seit ihrem Expansionsversuch in Brasilien durch schwere Pas-

## Niedrige Steuereinnahmen

Die gesamten Einnahmen des Nationalstaates aus Steuern, Sozialabgaben, Zöllen und Gebühren, lagen im August mit \$ 3,99 Mrd. um 4,7% unter dem gleichen Vorjahresmonat und um 2,1% unter dem Vormonat. Die ersten 8 Monate 1999 lagen um 5,1% unter der gleichen Vorjahresperiode. Bei den einzelnen Steuern ergeben sich jedoch Unterschiede.

Die Nettoeinnahmen der MWSt. lagen mit \$ 1,6 Mrd. um 8,3% unter dem Vorjahr und um 10,6% über Juli. Letzteres ist allerdings u.a. darauf zurückzuführen, dass der Betrag der Rückerstattung der MWSt. gegenüber dem Vormonat um 59,1% gesunken ist. Ohne dieselbe liegen die Bruttoeinnahmen der MWSt. vom August unter denen vom Juli. Ebenfalls ist der Rückgang gegenüber August 1998 etwas höher, da dieses Jahr die MWSt.-Rückerstattungen an Exporteure höher ausfielen.

Die Gewinnsteuer weist mit \$ 795,6 Mio. eine Zunahme von 1,1% gegenüber dem Vorjahr und von 5,5% gegenüber Juli auf. Diese Steuer wird zum grössten Teil auf der Grundlage derjenigen des Vorjahres entrichtet, so dass der Konjunkturreinbruch sich nur wenig auswirkt.

Die Unternehmerbeiträge zu den Rentenkassen lagen mit \$ 529,6 Mio. um 15,4% unter August 1998 und um 31,7% unter Juli 1999. Der Rückgang wurde durch die Verringerung der Beiträge bestimmt, und gegenüber Juli dieses Jahres, ausserdem, weil der Beitrag auf das halbe 13.Jahresgehalt in diesem Monat gezahlt wird. Die Steuer auf den vermutlichen Mindestgewinn (berechnet auf Unternehmensaktiven) betrug im August \$ 52,6 Mio. (5,1% über Juli) und die Steuer auf gezahlte Zinsen \$ 69,3 Mio. (17,7% über Juli). Bei einer Hochrechnung auf Jahrebasis ergeben diese Steuern etwa \$ 1,3 Mrd.

siven belastet und musste 1997 ihre Tätigkeit auf diesem Markt an die brasilianische Grossbrauerei Brahma abtreten. 2 Jahre später konnte Baesa hier wieder an der Börse notieren.

\*\*\*

**Das Provinzparlament von Cautamarca hat das neue Privatisierungsgesetz für die Provinzbank verabschiedet. Dadurch soll die Bank vollkommen privatisiert werden, ohne dass 10% als Belegschaftsaktien einbehalten werden.** Dafür erhalten die Bankbeamten je nach Dauer ihrer Betriebszugehörigkeit eine Entschädigung. Nur das nor-

male Portefeuille wird an den Käufer abgetreten. Das Einbringen säumiger und fauler Kredite bleibt der Provinz überlassen. Die Provinzregierung bemüht sich seit Langem, die Bank zu privatisieren.

\*\*\*

**Sociedad Comercial del Plata (Soldatigruppe) hat ihr 55%iges Aktienpaket von Agar-Cross an DuPont für US\$ 29,7 Mio., davon US\$ 26,9 Mio. bar, verkauft.** Die 1875 gegründete Agar Cross ist eines der führenden Unternehmen für die Landwirtschaft und wurde 1977 von SCP (Sociedad Comercial del Plata)

## 3.833 neue Staatsbeamten

Zwischen Oktober 1998 und Juni 1999 hat die Regierung zusätzlich 3.833 Beamten ernannt, davon 872 zwischen April und Juni 1999, wie Angaben des Schatzamtes entnommen werden kann.

Die grösste Zunahme bezeichnet das Innenministerium, in dem im Bezugszeitraum 3.320 neue Stellen geschaffen wurden. Es folgt die Präsidentschaft, allerdings entstanden hier die 2.807 neuen Stellen, vorwiegend durch die Übernahme der Atomenergie-Kommission CNEA vom Unterrichtsministerium. 2.009 neuen Beamten der Präsidentschaft stehen um die gleiche Zahl weniger im Unterrichtsministerium zu Buche, das damit einen Rückgang seiner Belegschaft ausweist.

Obwohl es auch in anderen Regierungssparten derartige Verschiebungen gab, zählte die Exekutive im Oktober 1998 insgesamt 252.287 Beamten und im Juni dieses Jahres 256.120. Nicht angeführt sind weitere 1.529 Staatsangestellte, die beurlaubt sind, ohne ihre Bezüge zu erhalten. Im Einzelnen hatte die Präsidentschaft im Oktober 1998 9.176 Gehaltsempfänger, im Juni 1999 11.983 (+2.807), das Amt des Kabinettschefs 1.076, 1.156 (+80), Innenministerium 66.560, 69.880 (+3.320), Aussenministerium 2.016, 2.097 (+81), Justizministerium 8.815, 8.845 (+30), Verteidigungsministerium 99.804, 99.594 (-210), Wirtschaftsministerium 42.515, 42.135 (-380), Erziehungsministerium 9.450, 7.441 (-2.009), Arbeitsministerium 7.216, 7.600 (+384) und Gesundheits- und Sozialministerium 5.659, 5.389 (-270).

## IWF will nächste Regierung stützen

Der Internationale Währungsfonds hat am Donnerstag mitgeteilt, dass er bereit sei, Argentinien finanziell zu unterstützen, dass aber der Beistand nicht sofort erfolgen werde. Die IWF-Fachleute seien bereit, die Verhandlungen mit der neuen Regierung aufzunehmen, sobald diese es für notwendig hält, erklärte Thomas Dawson, neuer Direktor für Public Relations des Fonds. Das bedeutet, dass der IWF erst ab dem 25. Oktober mit der gewählten Regierung über die Einzelheiten eines neuen Programmes (im Rahmen des bestehenden Abkommens oder eines neuen) für erweiterte Kredite („extended facilities“) bis zum Januar 2001 sprechen wird. Der IWF sei bereit, den Kredit zu erhöhen, gegen ein solides und glaubhaftes fiskales und strukturelles Paket. Dawson fügte hinzu, dass alle Präsidentschaftskandidaten die Notwendigkeit einer schnellen Implementierung dieser Massnahmen befürworten.

Im Wirtschaftsministerium wurde klargestellt, dass die Verhandlungen mit dem IWF praktisch beendet seien, so dass die Diskussion auf die kommende Regierung übertragen wird. Die Fachleute, geleitet von Teresa Ter Minassian und Claudio Loser, haben schon beschlossen, den vorgesehenen Besuch aufzuheben und ihn für November zu verschieben. In diesem Sinn wird jetzt weder über die Möglichkeit einer Erweiterung des bestehenden Kredites von US\$ 2,8 Mrd., der Argentinien zusteht, gesprochen, noch über einen neuen Kredit, der auf US\$ 10 Mrd. geschätzt wird.

gekauft. 1987 erwarb DuPont 45% des Unternehmens. In den 90er Jahren stieg der Jahresumsatz von Agar Cross von US\$ 5 Mio. auf US\$ 100 Mio.

\*\*\*

**Die Wirtschaftsführung hat den Eurobond zum 3.9.2001 um E 100 Mio. auf E 450 Mio. erhöht.** Wichtigster Unterbringer ist die Deutsche Bank. Die Ausgabe erfolgt zu 100,15% des Nennwertes und ergibt eine Eurorendite von 8,41% im Jahr, in Dollar von 10,6%..

\*\*\*

**Das niederländische Ceteco Holding verkauft seine Venturakette für elektrische Haushaltsgeräte an einen ihrer hiesigen Hauptkonkurrenten, die Expertgruppe.** Der Preis wurde nicht bekanntgegeben, am Platz werden etwa US\$ 65 Mio. genannt. Ventura hatte 1998 US\$ 30 Mio. Verlust, was die Verluste von Ceteco in Lateinamerika auf US\$ 44,4 Mio. anschwellen liess, weshalb die Gruppe auch in Holland eine Gläubigerversammlung einberufen musste.

\*\*\*

**Bolivien und Argentinien haben den Gaslieferungsvertrag beendet, der 27 Jahre lang in Kraft war.** In Zukunft wird es Sache der privaten Gasunternehmen sein, ob und zu welchen Bedingungen sie bolivianisches Gas kaufen. Nachdem hier jedoch Gasüberschuss besteht, sollte voraussichtlich kein Gas mehr importiert werden.

\*\*\*

**Durch Dekret 947/99 (Amtsblatt vom 30.8.99) wurde die Garantie erweitert, die durch Dekret 476/99 vom 6.5.99 für Bankkredite an das Sozialwerk der Rentner, PAMI, vergeben wurden.** Nach dem neuen Dekret werden die Beträge, die das PAMI schuldet, automatisch von der AFIP einbehalten, womit das Risiko

für die Banken praktisch verschwindet. Auf diese Weise wird die Garantiesumme auf US\$ 400 Mio. erhöht, wobei der Betrag in drei Jahren amortisiert werden muss. Es handelt sich jedoch nur um eine Übergangslösung für das PAMI, das einen Monatsverlust von über \$ 20 Mio. ausweist, wobei auch die Initiative des Intervenors Victor Alderete, den Dienst über drei private Gesundheitsorganisationen zu bieten, die einen festen Betrag pro Kopf erhalten, durch die Justiz gebremst wurde. Dies würde dem PAMI erlauben, die Kosten zu senken und die Dienstleistung zu verbessern, da die Mitglieder zwischen den drei Unternehmen wählen können und das PAMI ausserdem eine Qualitätskontrolle durchführt. Alderete hat in seiner Amtszeit die Ausgaben des PAMI schon um \$ 400 Mio. jährlich (etwa 20% der Gesamtausgaben) gekürzt, was jedoch nicht ausreicht.

\*\*\*

**Nachdem das Energiesekretariat die Kontrolle des Flaschengasvertriebes an eine Privatfirma vergeben hat, haben kleinere Unternehmer der Branche Protest erhoben,** weil dies angeblich eine Monopolstellung auf diesem Markt herbeiführen wird. Die Kammer der Branche hat danach klargestellt, dass diese Kontrolle unerlässlich ist, um Verstösse zu verhindern, die in der Verwendung von unsicheren Behältern, oder solchen, bei denen die Gebrauchsfrist abgelaufen ist, bestehen. Ebenfalls soll die Kontrolle verhindern, dass die Behälter nur zum Teil gefüllt werden, und dass kleinere Unternehmen die Behälter der grossen Markenunternehmen verwenden, die sie beim Austausch erhalten.

\*\*\*

**Im Rahmen der Strukturpläne für den von Perez Companc übernommenen Nahrungsmittelkon-**

## Öffentliche Dienstleistungen im Juli

Das Statistikamt Indec gab für Juli im Vorjahresvergleich eine geringere Beanspruchung der öffentlichen Verkehrsmittel, insgesamt um 7%, bekannt. Die Untergrundbahnen beförderten um 0,7% weniger Fahrgäste als im Juli 1998, die Stadtbusse um 9,6% weniger. Die Mittelstrecken-Eisenbahnen wurden von 9,1% weniger Menschen benützt, die Vorstadteisenbahnen von 2,6% weniger. Die Mautstellen verzeichneten um 5% weniger Fahrzeuge.

Bei den Telefongesprächen legten Auslands-Ferngespräche um 14,2% zu und Inlands-Ferngespräche um 3,8%. Ortsgespräche verzeichneten 7% Abnahme. Die Zahl der Zellulartelefone nahm um 20,5% zu. Allerdings nimmt die Zunahmequote ab, da die Nettozunahme gegenüber dem Vormonat nurmehr 1,4% betrug.

Die gesamten Dienstleistungen nahmen gegenüber Juli 1998 um 3,7% zu. Der Vergleich der ersten sieben Jahresmonate mit denen des Vorjahres ergibt eine Gesamtzunahme von 6,8%.

## Begrenzung von Provisionen und Zinsen für Kreditkarten

Der Senat hat der Regulierung der Kreditkarten Gesetzeskraft verliehen, als auch er, sowie vor einigen Tagen das Abgeordnetenhaus, das diesbezügliche Veto des Präsidenten zurückwies. Nach Veröffentlichung der ursprünglichen Fassung des Gesetzes im Amtsblatt werden die Höchstgrenzen für gewöhnliche Zinsen, Verzugszinsen und die Provisionen, die Banken den angeschlossenen Kaufhäusern anrechnen dürfen, in Kraft sein.

Als Ergebnis der Massnahme werden die Banken, die sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Beschränkung der Zinssätze gewehrt hatten, voraussichtlich die Kreditkarten der Kunden mit kleinen Einkommen einzuziehen, um ihr Risiko zu vermindern und es den geringeren Zins-einnahmen anzupassen.

Das Gesetz Nr. 25.065 reglementiert den Verwaltungs- und Finanzteil des Kreditkartengeschäftes mit beinahe 60 Paragraphen. Es gestattet eine Provision von 3 Prozentpunkten über jener, die den Supermärkten berechnet wird. Damit kann kleinen Geschäften bis zu 5% berechnet werden, gegen die bisher üblichen 8,75%. Der Artikel 17 des Gesetzes bestimmt, dass die Entschädigungs- bzw. Finanzzinssätze, die der Aussteller der Karten dem Inhaber derselben berechnen darf, nicht mehr als 25% über den Sätzen liegen darf, die der Inhaber bei einem Personalkredit bezahlen müsste.

Die Regierung hatte am 11.1.99 mittels Dekret 15/99 gegen 16 der 60 Paragraphen ihr Veto eingelegt. Anschliessend begannen lange Verhandlungen mit den Banken, damit diese ihre Zinssätze freiwillig herabsetzten. Die Gesetzgeber fanden, dass die Ergebnisse derselben unbefriedigend waren.

**zern Molinos Rio de la Plata, wurde dessen Bürogebäude an der Paseo Colon für knapp US\$ 7 Mio. an DIASA (Desarrollos Industriales Automotrices SA) verkauft.** DIASA hat bis vor kurzem Pkw-Modelle für Fiat in Lohnarbeit hergestellt. Die Übergabe des 15.000 qm Gebäudes soll Anfang 2000 erfolgen.

\*\*\*

**Im kommenden Monat sollen die Modernisierungs- und Umbauarbeiten des Stationsgebäudes Constitución beginnen.** Ferrocarril Metropolitano, Betreiber der Eisenbahnstrecken Roca, San Martin und Belgrano, hat den Zuschlag für die geschäftliche Nutzung der Stationsanlagen für 20 Jahre erhalten und DECSA (Desarrollos Comerciales SA) mit der Umsetzung der notwendigen Investitionen für US\$ 13,5 Mio. beauftragt.

\*\*\*

**Die Vorlage für den Haushaltsplan 2000, den die Regierung im Parlament einbringen wird, enthält bedeutende Kürzungen der verdeckten Etatposten (fondos reservados) und der ATN benannten Beiträge des Schatzamtes, die der Regierung bisher frei zur Verfügung standen.** Die Beiträge des

Schatzamtes standen im Budget dieses Jahres mit \$ 4,5 Mrd. zu Buche und sollen auf die Hälfte gekürzt werden. An der Verringerung der verdeckten Etatposten, bisher \$ 300 Mio. im Jahr, wird noch gearbeitet.

\*\*\*

**Das Bundes-Berufungsgericht von Bahía Blanca hat das Gesetz Nr. 23.018 als verfassungswidrig erklärt, das Rückvergütungen für Lieferungen über die Häfen und Zollämter südlich des Rio Colorado verfügt und der Wirtschaftsführung angeordnet, diesbezügliche Überweisungen einzustellen.** Der Paragraph 12 der Verfassung bestimmt, dass in keinem Fall durch Gesetze oder Verordnungen irgendein Hafen gegenüber einem anderen bevorzugt werden kann. Antragsteller war die Provinz Buenos Aires, die für ihre Häfen die gleiche Behandlung forderte, die patagonischen Häfen zuteil wird. Die Stornierung der Rückvergütungen ist in Kraft, es sei denn, die Wirtschaftsführung fordere die entsprechende Staatsanwaltschaft auf, bei Obersten Gerichtshof Berufung einzulegen.

\*\*\*

**Durch Dekret 946/99 (Amtsblatt vom 31.8.99) wurde ein System ge-**

## Günstigere Finanzierungskosten

Die Wirtschaftsführung hat Eurobonds für den Gegenwert von US\$ 213,1 Mio., und auf dem Binnenmarkt Wechsel-Bonds für US\$ 276 Mio. untergebracht.

Die Eurobonds zahlen einen Jahreszinssatz von 11,52% in Dollar, das sind 570 Basispunkte über entsprechenden T-Bonds. Die über Merrill Lynch untergebrachten Eurobonds sind eine Resttranche, weshalb ihre Laufzeit 3,36 Jahre bis zum 4.2.2004, beträgt. Die Jahresrendite in Euros beträgt 8,75%, da die Unterbringung jedoch zu 99% erfolgte, ergibt sich eine effektive Rendite von 9,08%. Die letzten 4 Unterbringungen, alle in Euro, zahlten 11,36% auf 2 Jahre, 11,12% auf 2 Jahre, 11,63% auf 4,8 Jahre und 10,95% auf 2 Jahre, was die Verbesserung der Risikobewertung des Landes widerspiegelt.

Die Auflage der Wechselbonds auf dem Binnenmarkt war ursprünglich für US\$ 100 bis 200 Mio. vorgesehen. Wegen der von den Banken gebotenen günstigen Bedingungen, wurde um 38% mehr aufgenommen. Der Zinssatz für die nach Depositensätzen anzupassende Rendite der Wechselbonds betrug 12,10%, für die nach dem Badlar-System anzupassende Rendite, bei dem die Depositensätze für Einlagen von über US\$ 1 Mio. als Grundlage genommen werden, betrug 11,43%. Im August wurden unter gleichen Bedingungen noch Sätze von 12,67% bzw. 12,14% verpflichtet, bei der Auflage im Juli 12,37% bzw. 12,31%. Die für die jetzige Auflage zu zahlende Rendite beträgt 589 Basispunkte über Depositensätzen und 474 Basispunkte über Badlar-Sätzen.

## Elektronische Steuereintreibung in Córdoba

Die Firmen Siemens, Techint und Roggio haben gemeinsam bei der Provinzregierung von Córdoba vorgesprochen und eine Dienstleistung für die Verwaltung der Steuerschulden an die Provinz vorgeschlagen. Die Dienstleistung schliesst das Inkasso rückständiger Schulden aus dem kürzlich verfügbaren Steuermoratorium ein, mit dem der Entwicklungsplan für die Provinz in Gang gesetzt werden soll.

Die Steuerhoheit wird dabei in keiner Weise beeinträchtigt. Es gehe um das outsourcing des Inkassos überfälliger Steuern und die Erleichterung für den Steuerzahler durch ein seinen Bedürfnissen angepasstes System, das ihm gestattet, seine Zahlungen ohne Zeiteinschränkungen und Wartezeiten durchzuführen.

Das vorgeschlagene System schliesst die Vorfinanzierung von US\$ 100 bis US\$ 200 Mio. über eine Bank ein, die der Provinz die Beträge vorschiesst, die durch das Inkassosystem eingehen werden. Diese Vorschüsse können, den Antragstellern zufolge, nur durch eine äusserst vorsichtige und gründliche Bewertung, verwaltungstechnische Fähigkeit und finanziellem Rückhalt der anbietenden Unternehmen angeboten werden.

**schaffen, das kleinere und mittlere Unternehmen bei Staatseinkäufen bevorzugen soll.** Die Unternehmen, die in diese Kategorie fallen und daran interessiert sind, staatliche Stellen zu beliefern, müssen sich in ein Register eintragen. Das Sekretariat für kleine und mittlere Unternehmen wird dann mit dem Schatzamt die konkrete Art der Bevorzugung ausarbeiten.

\*\*\*

**Durch Beschluss 617/99 des Sekretariates für Industrie, Handel und Bergbau (Amtsblatt vom 31.8.99) wurde das Verfahren festgelegt, das Schuhimporteure erfüllen müssen, um eine Importlizenz zu erhalten, wie sie der Beschluss des Wirtschaftsministeriums Nr 977/99 vorschreibt.**

\*\*\*

**Der Stromverbrauch lag im Juli, im ganzen Land, um 6,7% über dem des gleichen Vorjahresmonates, der Gasverbrauch um 8,3% darüber.**

\*\*\*

**Das Wasserversorgungsunternehmen der Bundeshauptstadt und Umgebung, Aguas Argentinas SA, hat den Bau eines unterirdischen Flusses ausgeschrieben, der in 30 m Tiefe, mit einem Durchmesser von 3,5 m, 15,3 km lang sein soll. Dazu**

kommt eine Wasser-Pumpanlage im Bezirk Morón und 5 Regulierungskammern, um 1,4 Mio. Einwohner der Bezirke 3 de Febrero, Morón, Ituzaingo und Hurlingham mit Trinkwasser zu versorgen. Das Objekt wurde auf US\$ 290 Mio. veranschlagt.

\*\*\*

**Das Staatssekretariat für Industrie, Handel und Bergbau gab die Einleitung von Dumpingermittlungen über Walzstahl und -eisen aus Brasilien und Russland bekannt.** Bei den Lieferungen aus Brasilien wird Dumping von 7% bis 23% angenommen. Die Anzeige wurde im März von Siderar erstattet, die auf Dumping ihrer Konkurrenten vom Mercosur hinwies. Die Ankündigung der Ermittlung erfolgte knapp vor dem Zusammentreffen argentinischer und brasilianischer Delegierter, um über die Frage zu verhandeln. Die brasilianischen Lieferungen von Kaltwalzprodukten nach Argentinien gingen 1997 um 7,7%, 1998 um 14% und im 1. Halbjahr 1999 um 16% zurück. Im selben Zeitraum stieg die heimische Produktion im Schnitt um 4,7%, zwischen März und Mai 1999 sogar um 17%.

\*\*\*

**Die Provinz Buenos Aires hat das Moratorium für alle bis zum**

## Kfz-Verschrottungsplan mit Fiskalüberschuss

Industrie- und Handelssekretär Guadagni gab bekannt, dass der Kfz-Verschrottungsplan bis zum 31.1.2000 steuermässig neutral oder mit einem leichten Überschuss ausgehen wird, da die neuen Fahrzeuge Steuern zahlen, nicht hingegen die verschrotteten, die ein Durchschnittsalter von 23 Jahren haben.

Die Verschrottungspläne Canje Plus I mit \$ 4000 plus MWSt. Gutschrift und Canje Plus II, mit \$ 3.500 plus MWSt. Gutschrift, der am 31.1.2000 abläuft, könnten einen Fiskalüberschuss von \$ 28,8 Mio. bringen, wenn die als Höchstzahl angesehene Menge von 100.000 Neuwagen verkauft werden kann.

90% aller Kfz-Verkäufe würden über einen dieser Pläne abgewickelt werden, weshalb das Endergebnis etwa neutral sein müsste und die am Platz erwähnten Kosten von \$ 200 bis \$ 400 Mio. für denselben von der Hand zu weisen seien. Die zur Verschrottung abgelieferten Fahrzeuge hätten ein Durchschnittsalter von 23 Jahren, und weder Zulassungsgebühren noch Haftpflichtversicherung bezahlt. 35% der verkauften Neuwagen seien ausserdem Dieselfahrzeuge, die eine Zusatzsteuer von 10% bezahlen müssen.

Der Berechnung für den Eintauschplan habe man die MWSt.-Einnahmen, die zusätzlichen Sozialbeiträge der Arbeitgeber für nicht mehr suspendierte Arbeitnehmer, interne Steuern auf Dieselmotoren, die Lehrersteuer und die Versicherungsprämien für Neuwagen zugrunde gelegt.

## Rechtsentscheid gegen Handelsschranken

Ein Verwaltungsgericht hat der Beschwerde der Supermarktkette Carrefour stattgegeben, die die Art der Quotenzuteilung für Schuheinfuhren in Frage stellt. Damit wird die umstrittene Einfuhr von Schuhwerk aus Brasilien zu den normalen, gültigen Schutzzöllen, ohne weitere Handelsschranken, rechtens wieder freigegeben. Die Freigabe erfolgt, dem Urteil zufolge, bis das Staatssekretariat für Industrie, Handel und Bergbau eine vorherige Eingabe des klagenden Importeurs beantwortet hat.

Damit wird die umstrittene Frage der Schuheinfuhren noch komplizierter. Die Importeure setzen sich noch mit dem Beschluss 617 des vergangenen Woche auseinander, der Fristen von bis zu 3 Monaten für die Gewährung der Einfuhrbewilligungen festgelegt hat, was zur Konfrontation mit brasilianischen Lieferanten geführt hat.

Carrefour hatte nicht die Erteilung von Einfuhrquoten als solche beanstanden, sondern die Art ihrer Zuteilung, da diese nach der Reihenfolge des Einganges der Einfuhrgesuche erteilt werden. Sprecher der Importeure stimmten überein, dass das System zu Privatlisten, Missbräuchen und sogar zum Aufstellen von Zelten in den Schlangen geführt hat, die bis zu 30 Tage vor Erteilung der Quartalsquoten durch das Zollamt entstehen. Jeder Importeur kann bis zu 25% der gesamten Quartalsquote zugeteilt bekommen, so dass die ersten vier, seien sie Grossimporteure oder nicht, die Quoten aller Antragsteller erhalten können.

Aus dem Urteil ergibt sich nach Aufhebung der Quoten, dass für Einfuhren von ausserhalb des Mercosur keine Mengenbeschränkungen für Schuheinfuhren ohne den Zusatzzoll von 100% bestehen.

**30.9.98 geschuldeten Provinzsteuern bis zum 1.10.99 verlängert. Bisher haben sich 700.000 Schuldner für mehr als \$ 800 Mio. eingetragen.** Wer bar oder in bis zu 6 Raten zahlt, wird nicht mit Zinsen belastet. Für 6 bis 48 Raten ist 1,5% Monatszins vorgesehen.

\*\*\*

**Der Oberste Gerichtshof hat beschlossen, dass private Krankenkassen die 21% MWSt. nicht bezahlen bzw. ihre Mitglieder nicht mit ihr belasten müssen, bis über die Zuständigkeit derselben aufgrund eines Gutachtens der Generalstaatsanwaltschaft (Procurador general de la nación) entschieden ist.** In Frage steht, ob das Gesetz 23.963 und das Dekret 1517/98 verfassungswidrig sind. Bisher liegen bereits rd. 200 Urteile niedriger Instanzen über die Unrechtmässigkeit der 21%igen MWSt. für diese Gesundheitsdienste vor.

\*\*\*

**Hochtief, B. Roggio, Construcciones Sudamericana-SADE und Riva mit Madcur Construcciones**

**haben Angebote für die 1. Etappe der Ausschreibung eingereicht, die die Errichtung eines an die ZB anschliessenden Gebäudes für \$ 16 Mio. vorsieht.** Das 10 Stockwerke hohe Gebäude wird auf dem der ZB gehörenden Grundstück, Reconquista 250, errichtet.

\*\*\*

**Ein Bundes-Verwaltungsgericht hat der Regierung angeordnet, die Anwendung des Dekretes 792/99 aufzuheben, das eine zusätzliche Fangquote für den merluza hubbsi Seehecht gestattet.** Damit wird den Beschwerden der Firmen Pescasur SA und Alvasur SA stattgegeben. Das Urteil betont die unmittelbare Gefahr für den Fischbestand. Das Dekret versuche, momentane Beschäftigungsprobleme zu lösen, gefährde jedoch die Zukunft der Fischerei.

\*\*\*

**Einem vorläufigen Bericht des Wirtschaftsministeriums zufolge, ist das BIP im 2. Quartal im Vorjahresvergleich um 4,6% zurückgegangen.**

\*\*\*

**G. Hartneck, Vorsitzender der**

staatlichen Wertschriftenkommission, hat einen angeblichen Beschluss dementiert, demzufolge über die Börse von Buenos Aires Auslandsaktien erworben werden können. Die Lesart soll von einem nicht genannten, bedeutenden Mitglied der Börsenleitung, stammen.

\*\*\*

**Jorge L. Cajal ist der neue Unterstaatssekretär für Fischfang.** Er war bisher Interventor im Inidep (Instituto Nacional de Investigación y Desarrollo Pesquero) und Koordinator des beratenden wissenschaftlichen Komitees der Stiftung für die Erhaltung der Arten und der Umwelt.

\*\*\*

**Im August wurden 8.094 Bankkonten gesperrt, davon 7.310 von Einzelinhabern und 784 von juristischen Personen.** Das sind um 15,05% weniger als im Vormonat, jedoch um 29,05% mehr als im gleichen Vorjahresmonat, wie das Kreditrisikounternehmen decidir.com. mitteilte.

\*\*\*

**Gegen die Zementmühlen Loma Negra, Cementos San Martin, Juan Minetti, Corcemar, Cemento Avelaneda, El Gigante und Petroquímica Comodoro Rivadavia soll von der Kommission für Wettbewerbschutz wegen möglicher Preis- und Marktabsprachen ermittelt werden.** Die Kommission hängt vom Staatssekretariat für Industrie, Handel und Bergbau ab.

\*\*\*

**Die Kontrollstelle der Flughäfen (ORSNA), deren Vorsitz Rodolfo Barra ausübt, hat die Forderung des Konzessionärs der 33 Flughäfen, der Firma „Aeropuertos 2000“ zurückgewiesen, dass der Staat eine Schuld von \$ 200 Mio. anerkennen sollte, die sich angeblich aus einer Verzögerung der Übergabe von Räumlichkeiten und Flughäfen ergibt.** Das bedeutet, dass das Unternehmen jetzt die Gebühr für die Konzession zahlen muss, statt sie verrechnen zu können. Vor dem LAPA-Unfall war auch davon die Rede, dass der Staat einen Betrag von fast \$ 300 Mio. beisteuern würde, um den städtischen Flughafen auch nach dem Jahr 2004 beizubehalten und ihn zu modernisieren, wobei dieser Betrag auch von der Gebühr abgezogen werden sollte. Jetzt ist der Gedanke, Aeroparque beizubehalten, faktisch fallen gelassen worden.

\*\*\*

**Vicasa, die zur Cristalería Española-Gruppe gehört, hat ihre 40%ige Beteiligung an Cristalerías Rayén Curá der chilenischen Cristalerías de Chile verkauft.** Rayén Curá ist einer der grössten Weinflaschenhersteller des Landes, durch die rapide steigenden Weinausfuhren in Expansion, kann 45.000 Jato Glas verarbeiten und setzt US\$ 20 Mio. im Jahr um.

\*\*\*

**Das Statistikamt Indec hat mit der ENGE (encuesta nacional de**

**grandes empresas) ein Informatiksystem geschaffen, zu dem 500 Unternehmen pflichtgemäss beitragen müssen.** Die vom Indec entwickelte Software wird auf 2 Disketten vom Indec bei den Unternehmen installiert. Innerhalb von 3 Wochen muss die geforderte Information vervollständigt werden. Sie schliesst Angaben über den Beschäftigtenstand, Produktionszahlen, Investitionen, Aktiven und Passiven, Auslandseschäfte, Investitionen von nicht im Inland Ansässigen, Umstrukturierungen, Fusionen, Akquisitionen, Beständen und Finanzierungen ein.

\*\*\*

**Repsol hat um ihre Notierung an der Börse von Buenos Aires angesucht. Dazu gab sie als Standort die Bundeshauptstadt, Reconquista 336, 2. Stock, an.** Sie wird das erste internationale Unternehmen sein, das in Buenos Aires notiert. Bis jetzt kotiert sie in Madrid und in New York durch American Depositary Receipts. In Buenos Aires sollen ihre Aktien direkt kotieren, weshalb sie einen Teil derselben hierher übertragen oder neue ausgeben muss.

\*\*\*

**Die Öffnung der argentinischen Wirtschaft ab 1991 und ihr Anschluss an die Globalisierung schlug sich auch in einer grösseren Auslandsbeteiligung an argentinischen Grossunternehmen nieder.** Von 44% im Jahr 1993 betrug sie 1997 60%, wie das Statistikamt Indec über ihr Enge-System ermittelt hat. Da der Verkauf von YPF SA an Repsol, die Übernahmen bei den Fernverbindungen, ferner Finanzinstitute, Landwirtschaft und persönliche Dienstleistungen systembedingt ausgeklammert sind, hat die tatsächliche Auslandsbeteiligung noch mehr zugenommen.

\*\*\*

**Die 3 Erdgasleitungen, die pro Tag insgesamt 10 Mio. cbm nach Chile liefern und die Leitung, die Paysandú, in Uruguay, mit 800.000 cbm pro Tag versorgt, bringen pro Tag Devisen für US\$ 1 Mio. ein, wie O. Secco, Präsident des IAPG (Instituto Argentino de Petróleo y Gas), bekanntgab.**

\*\*\*

**Der Anteil der Informatik-Raubkopien ist in Argentinien 1998 von 71% auf 62% zurückgegangen, wie einem Bericht von Software Legal zu entnehmen ist.** Dieser Privatverband ohne Gewinnabsichten dient dem Schutz geistigen Eigentums bei Software. Er erklärte, dass die Informatikindustrie in Argentinien durch Raubkopien US\$ 124 Mio. verloren hat.

\*\*\*

**Durch Beschluss 355/99 des Landwirtschaftssekretariates (Amtsblatt vom 3.9.99) wurde bestimmt, dass die Fischereischiffe, die mit Netzen fischen und den Fisch einfrieren und eventuell auch an Bord verarbeiten („buques ar-**

**rastrero-congeladores y factorías), nur südlich des 42. Breitengrades und gemäss Bedingungen des Dekretes 792 vom 22.7.99 auch keinen Seehecht („Merluza hubbsi“), sondern nur andere Fischarten fischen dürfen.** Die Reeder müssen der Fischereidirektion mitteilen, welche Fischarten sie fischen wollen und in welchen Gebieten.

\*\*\*

**Wie aus guter Quelle verlautet, steht der Konzern Garovaglio y Zorraquín kurz vor dem Abschluss des Verkaufs seiner Gerberei, Grunbaum, Ricco y Daucourt, an die US-Firma United States Leather.** Zunächst geht es um ein Minderheitspaket, bei Beibehaltung des bestehenden Managements: doch dann soll ein Mehrheitspaket, eventuell das ganze Aktienpaket, verkauft werden. Es handelt sich um eine der grösseren traditionellen Gerbereien.

\*\*\*

**Die Diskussion um die Garantien für den Bau des sogenannten „Föderalen Kanals“ geht weiter.** Präsident Menem erteilte Minister Roque Fernández die Anweisung, die Garantien für US\$ 190 Mio. prompt zu erstellen. María Julia Alsogaray, Staatssekretärin für Umwelt und natürliche Ressourcen (auch für alles, was mit Wasser zu tun hat, zuständig) hatte die Art der Garantien beantragt, die der Wirtschaftsminister gewähren wollte. Daraufhin wurde zwischen Miguel Kiguel, Chefberater des Wirtschaftsministers, Julio Cáceres, Programmierungssekretär im gleichen Ministerium, María Julia Alsogaray und Schatzkanzler Rodolfo Diaz vereinbart, dass die Garantien erst gegeben werden, wenn der Kanal fertig ist, da dies eine Form sei, zu sichern, dass der Kanal mit eigenen Mitteln oder Finanzierung ohne Garantie fertiggestellt wird. Diese Garantie fusst auf dem Notstandsdekret 21/99, das vom Kongress noch nicht bestätigt worden ist. Lehnt dieser das Dekret ab, dann kann auch die Garantie nicht gewährt werden. Die Allianz hat sich gegen dieses Projekt ausgesprochen, und politische Sprecher der Provinzen Tucumán, Santiago del Estero, Córdoba und Santa Fé ebenfalls. Unter diesen Umständen ist es fraglich, ob der Konzern, dem das Projekt zugeteilt wurde, die Arbeit effektiv aufnimmt.

\*\*\*

**Die vom Vorstand des Wertpapiermarktes von Buenos Aires („Mercado de Valores S.A.“) einberufene Versammlung, um eine Consulting-Firma zu verpflichten, damit sie Möglichkeiten über die Belebung der lokalen Börse ausarbeitet, endet mit der üblichen Konfrontation zwischen den traditionellen Börsenmaklern (geführt von Juan Bautista Peña, zur Zeit Präsident der Handelsbörse) und den Banken (geführt von Héctor Bacqué, Präsident des Wertpapier-**

**marktes).** Die Banken treten für eine Abschaffung der traditionellen Börsenrunden, mit physischer Präsenz der Makler, ein, wobei der Handel dann elektronisch über ein zentrales Informatiksystem geführt würde. Das entspricht der modernen Technologie, würde die traditionellen Makler jedoch angeblich benachteiligen. Das wäre indessen nur bei denjenigen der Fall, die sich dieser Technologie nicht anpassen.

\*\*\*

**Die von Siemens und der Macri-gruppe gegründete Siemens Itron Business Services, hat einen Vertrag für die vorbeugende Kontrolle an den Autobahnen von Buenos Aires Stadt unterzeichnet.** In den 5 Jahren der Vertragsdauer müssen die Anlagen für den Beweis von Übertretungen geschaffen werden. Die Bezahlung erfolgt durch weniger als \$ 10 für jede verfügte Busse. Partner von Itron Business sind die argentinische Tecnología y Contros und die US-Firmen Mullvihill und Camfilm work.

\*\*\*

**Die Provinzen haben im August über \$ 826 Mio. durch Beteiligungen an Bundessteuern erhalten, um 7,8% weniger als im gleichen Vorjahresmonat.**

\*\*\*

**Auf Anordnung der CNC (Comisión Nacional de Comunicaciones) muss Telecom die Geschäftsstellen wieder öffnen. Die Firma wollte sie schliessen und die Kunden über die Nummer 112 bedienen.** Ursprünglich wollte Telecom nur 4 Geschäftsstellen offen halten, dann 14, schliesslich 31. Gefordert werden 42 und weitere 22 mit Personal, das befähigt ist, Kundenbeschwerden entgegenzunehmen.

\*\*\*

**Die Stiftung Fiel (Fundación de Investigaciones Económicas Latinoamericanas) hat festgestellt, dass das Programm der Zollkontrollen vor der Verschiffung (PSI) um \$ 318 bis 580 Mio. erhöhte Steuereinnahmen eingebracht hat, um 4 bis 7 Mal die Kosten des Kontrollsystems.** Die Stiftung hat das System durch 3 Monate eingehend untersucht, bei dem 6 Privatunternehmen den Wert der nach Argentinien zu liefernden Waren am Verschiffungsort prüfen und die angegebenen Werte mit den Preisen am Ursprungsort vergleichen. Die Kontrolle erfolgt bei Konsumgütern Kfz und in den letzten Monaten auch bei Textilien.

\*\*\*

**In Anwesenheit des Präsidenten des Industriellenverbandes UIA, O. Rial, der Baukammer CAC, E. Baglietto, des Vizepräsidenten der Sociedad Rural Argentina, L. Miguens, des Sekretärs des landwirtschaftsverbandes CRA, R. Grether, wurde das GP (Grupo Productivo) gegründet. Es ist eine Abspaltung des Gruppe der 8 (G-8) und schliesst die Handelskammer, Börse, und den**

Bankenverband aus. Eines der Ziele der Gruppe ist, das Finanzsystem den Anforderungen der Produktion anzupassen.

\*\*\*

**R. Maccarone, Präsident der Banco de la Nación Argentina, sprach sich in einem Bericht an das Parlament und die beiden Präsidentschaftskandidaten erneut gegen die Privatisierung der Bank aus. Er sei für die Umwandlung der Bank in eine AG mit Mehrheitsbeteiligung des Staates.** Die Bank müsse eine juristische Form haben, die ihr gestatte, sich an den Markt anzupassen und mit den restlichen Finanzinstituten unter gleichen Voraussetzungen zu konkurrieren.

\*\*\*

**Die Hypothekenbank hat den Verkauf von rd. 1.300 Neuwohnungen im Raum Gross Buenos Aires, Mendoza, Salta, Tucumán und Neuquén übernommen.** Die Kredite für 80% des Wertes werden zu 11% im Jahr in Dollar und 12,5% in Pesos gewährt. Die Laufzeit beträgt bis zu 20 Jahre, der Überpreis für Spesen liegt unter 3% im Jahr.

\*\*\*

**Die Firma La Inversora wird 35% von U\$S 16 Mio. in 250 ha Weinbau und einer Weinkellerei in San Patricio del Chañar, Neuquén, investieren. Der Spatenstich soll im November mit der Pflanzung der Reben erfolgen.** Die restliche Investition erfolgt durch die Provinz über die Ausgabe von Investitionsscheinen.

\*\*\*

**YPF hat die neue Schwefelfabrik innerhalb der Raffinerie von Luján de Cuyo, Mendoza, eingeweiht.** Die Fabrik ist ausgelegt, um täglich is zu 30 t Schwefel aus der Raffinerie zu gewinnen. In der 1. Etappe wird die Schwefelemission in die Atmosphäre um 76%, in der 2. um 94% verringert.

\*\*\*

**Die Molkerigenossenschaft San-Cor investiert in Gemeinschaft und zu gleichen Teilen mit der dänischen MD Foods, U\$S 30 Mio. in der Provinz Córdoba, um Molke für die Proteingewinnung für die Nahrungsmittelindustrie herzustellen und zu vertreiben.**

# PREISENTWICKLUNG

Änderung in Prozenten I: gegenüber Vormonat, II: gegenüber Vorjahr

Monat	Konsumentenpreise		Grossistenpreise Allgemein)		Grossistenpreise: national				Baukosten	
	I	II	I	II	Nichtlandwirtschaftlich		Landwirtschaftlich		I	II
<b>1998</b>										
Juli	0,3	1,2	-0,4	-1,9	0,0	-1,2	-0,9	0,8	-0,1	-0,3
August	0,0	1,1	-0,7	-3,1	0,0	-0,6	-1,3	-3,7	-0,2	-1,2
September	0,0	1,1	-1,0	-3,2	0,0	0,1	-5,7	-10,0	0,2	-1,0
Oktober	-0,4	0,9	-1,1	-4,9	0,1	0,2	-1,4	-11,7	0,0	-0,9
November	-0,2	0,8	-0,9	-5,8	0,0	0,1	-1,4	-13,0	0,2	-0,3
Dezember	0,0	0,7	-1,1	-6,3	-0,5	-0,4	-4,8	-16,4	0,1	0,0
<b>1999</b>										
Januar	0,5	0,5	-0,5	-5,5	0,0	-0,4	-5,6	-16,6	0,3	0,2
Februar	-0,2	0,0	-0,8	-6,5	0,0	-0,4	-2,2	-19,4	0,3	0,6
März	-0,8	-0,6	0,2	-6,2	-0,7	-0,7	-0,2	-19,1	-0,3	0,7
April	-0,1	-0,7	0,9	-5,4	0,0	-1,1	3,6	-17,2	-0,4	0,2
Mai	-0,5	-1,2	0,0	-5,2	0,0	-1,1	-2,5	-20,0	-0,2	0,1
Juni	0,0	-1,3	-0,1	-5,2	-0,3	-1,4	0,0	-20,4	-0,2	0,2
Juli	0,2	-1,5	0,2	-4,8	0,1	-1,3	-0,9	-20,7	0,0	0,1
August	-0,4	-1,9	0,2	-4,0	0,0	-1,4	0,8	-18,8	-0,5	0,1

Quelle: INDEC

## Entwicklung der Währungsreserven der Zentralbank

(in Milliarden Pesos)

	12.7.99	19.7.99	26.7.99	6.8.99	12.8.99	13.8.99	23.8.99	30.8.99
Gold, Devisen u. Anlagen	25,33	25,46	25,08	24,66	24,79	24,46	24,27	23,25
Staatspapiere	1,48	1,46	1,53	1,56	1,55	1,55	1,57	1,60
Internat. Reserven ZB	26,81	26,92	26,62	26,22	26,35	26,01	25,84	24,85
Liquiditäts-Rückstellungen (Com. A. 2350)	7,03	7,05	7,21	7,49	7,26	7,38	7,11	6,87
Währungsreserven des Finanzsystems	33,84	33,97	33,81	33,71	33,61	33,40	32,95	31,72
Notenumlauf	15,48	15,03	14,72	14,85	15,30	15,00	14,46	14,25
Bankdep. in Dollar bei ZB	0,16	0,21	0,01	0,06	0,10	0,12	0,01	0,01
Monetäre Passiven	15,48	15,24	14,74	14,91	15,40	15,12	14,47	14,26
Nettosaldo Swaps	9,86	10,26	10,43	9,79	9,43	9,35	9,81	9,00
Depositen der Regierung	1,60	0,88	0,68	0,99	1,26	1,38	0,43	0,39
Finanzpassiven	25,35	25,50	25,17	24,70	24,82	24,47	24,28	23,26

Quelle: Zentralbank

## Konkurse und Vergleichsverfahren

(in Pesos)

	1997	1998
Sep.	30.119.536	37.996.155
Okt.	49.164.356	85.852.765
Nov.	20.748.776	96.961.488
Dez.	38.371.827	41.960.030
	1998	1999
Feb.	21.525.670	26.357.337
März	83.737.695	65.728.180
Apr.	207.403.411	121.580.546
Mai	52.516.568	179.126.403
Juni	107.698.425	41.909.811
Juli	22.915.851	3.849.203
Aug.	37.593.175	67.863.370